

# Volkstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die "Volkstimme" erscheint an jedem Wochenabend. — Herausgeber: Albert Pauli, Magdeburg. — Herausgegeben für kleinere Bilddaten, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 8. — Herausgegebene Anzahl: 6204 bis 6207. — Zeitungsausgabe: 2. Nachtrag Seite 110. — Bezugspreis: Monatlich 2.00 Mark, Abholer 1.80 Mark, Einzelblatt 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Abonnementpreise: Die 10gespaltene 37 Millimeter breite Nonpareilzeitung östlich 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienangelegenheiten und Stellengefiche 12½ Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigespaltene 30 Millimeter breite Hellmargelzeitung östlich 100 Pf., auswärts 180 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorrichtungen keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Poststempelkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 139.

Magdeburg, Freitag den 18. Juni 1926.

37. Jahrgang.

## „Das Privateigentum ist in Gefahr“.

### Lüge und Schwindel ohne Ende.

Die Verteidiger der räuberischen Fürstenansprüche erklären, der Volksentscheid sei ein Anschlag auf das Privateigentum. Mit ihm beginne der Feldzug der Expropriation des Privatbesitzes. Der Enteignung der Fürsten würden weitere Enteignungen folgen. Mit den Fürsten fange man an, bei dem Mittelstande und kleinen Handwerker höre man auf. Das ist Lüge und Schwindel.

### 1. Die Fürstenenteignung ist ein politischer Akt.

In allen Zeiten der Geschichte hat es entshädigungslose Enteignung von Fürstenhäusern gegeben, die durch Krieg oder Umsturz entthront worden sind. Nicht um einen Angriff auf das Eigentum handelte es sich bei solchen Maßnahmen, sondern um eine staatspolitisch dringend notwendige Maßnahme zur Sicherung des neuen Staatswesens und des Wiederaufblühens von Volk und Wirtschaft.

So ist Karl I. von England aus dem Hause der Stuarts hingerichtet worden und seine Familie hat keine Abfindung erhalten. Ebenso wenig bekam Koch im 2. nach seinem Sturz irgendeine Abfindung.

So wurden in Frankreich die Bourbons durch die französische Revolution entshädigungslos enteignet. So wurde Napoleon I. enteignet und die Mitglieder seiner Familie haben nie eine Entschädigung für die Beschlagnahme ihrer Privatgüter gesehen.

So ging es dem Bürgerkönig Louis Philippe, und so endete schließlich auch 1870 Napoleon III.

Die folgerichtige Abfindung des Königs Georg von Hannover durch Preußen war in Wirklichkeit eine reine Enteignung.

Alle diese Beschlagnahmen und Enteignungen sind von bürgerlichen Regierungen im Zeichen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vollzogen worden. Niemals waren sie der erste Schritt auf dem Wege zur Beseitigung des Privateigentums. Auch bei dem Volksentscheid handelt es sich um nichts andres als um eine rein politische Maßnahme zur Rettung des deutschen Volkes gegen den Raub seines Eigentums durch habgierige Fürsten. Genauso wie in den früheren Fällen wird deshalb auch der gesetzliche Enteignung der deutschen Landesfürsten keine weitere folgen.

### 2. Die wahren Zerstörer des Privateigentums.

Die Schöpfer des Fürstenraubes — das sind die wahren Zerstörer des Privateigentums. Denn die größte Enteignung, die die Weltgeschichte je erlebt hat, war die deutsche Inflation. Sie ist von den deutschen Kapitalisten eben deshalb mit Absicht herbeigeführt worden. Selbst der bürgerliche Professor Bonn von der Berliner Handelschule sagt:

Die Führer der Industrie haben die Grundlagen des Kapitalismus zerstört: die Unvergleichlichkeit des Eigentums, die Heiligkeit der Verträge, die Möglichkeit des Sparers.

Die Sozialdemokratie dagegen hat die Inflation mit allen Kräften bekämpft. Sie errichtete dafür die Solidarität der Stimmen, Sauerland und Westfalen und der gesamten Großkapitalisten. Wäre es nach dem Willen der Sozialdemokratie gegangen, so wäre der Volksbetrag der Inflation nie möglich gewesen.

### 3. Auswertung war legalisierter Raubzug.

Dem ersten Schritt — dem Raubzug der Inflation — folgte der zweite: der Raubzug mit Hilfe der Aufwertungsgesetze, der „Legalisierte Raubzug“, wie der frühere Führer der Deutschnationalen, Graf Voßdorff, die Gesetze gegen die Sparer genannt hat.

Systematische Enteignung des Mittelstandes, der kleinen Sparer und die Begünstigung des Großkapitals waren und sind sie nach den Worten des Abgeordneten Dr. West. Weil sie „den Gläubiger zum Bettler, den Schuldner zum Gauner machen“, sind diese beiden Gesetzesvorschläge von Dr. West abgelehnt und verworfen worden.

Wiederum war es die Sozialdemokratie, die mit all ihren Kräften gegen diese Enteignung der Sparer angekämpft hat. Sie wurde trotzdem durchgeführt, weil der alte Block der Fürstenfreunde für sie eintrat, der damals den Block der Aufwertungsgesetze bildete.

Auch der Hypothekengläubiger- und Sparerbund für das Deutsche Reich erklärte die Aufwertungsgesetze für Enteignung. Er schreibt in seinem Artikel an die Sparer:

Weil die am ehesten begangene Enteignung „Recht“ ist, soll bestimmen wir gleiche Enteignung für alle. Danach mußt ihr handeln und dem Volksentscheid auf Aufwertungsgesetze zum Siege verhelfen.

Unser Recht und eine gerechte Enteignung gibt es nicht. Wo war die Kirche, als ihr entzogen wurde? Bei

der Fürstenenteignung führt sie das siebente und zehnte Gebot ins Feld. Bei einer Enteignung hat sie geschwiegen.

Die Wahrheit ist: Die großen Kapitalisten und Grundbesitzer haben die kleinen Sparer und Gläubiger enteignet. Sie machten sie zu Bettlern und bereicherteren sich an dem unrechtmäßig erworbenen Gute.

### 4. Sozialdemokratie und Enteignung.

Die Sozialdemokratie hat nie die entshädigungslose Enteignung von Privateigentum verlangt. Das beweist ihr ganzes politisches Verhalten seit 1918. Bereits in der ersten Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 wurde erklärt:

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Was die Sozialdemokratie 1918 nicht getan hat, will sie auch jetzt nicht und wird sie in Zukunft nicht tun.

Die Politik der Sozialdemokratie zielt z. B. in der Landwirtschaft gerade auf Sicherung von Klein-eigen-tum hin. Nur der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß überhaupt gejedelt wurde. Ein sozialdemokratischer Antrag im Reichstag verlangt, daß nur die Eigentümer von mehr als 750 Hektar landwirtschaftlich genutzten Bodens verpflichtet sind, den überschreitenden Teil an das Reich abzutreten. Dafür ist aber Entschädigung zu gewähren. Als Siedler sollen in erster Linie die auf dem enteigneten Boden bisher beschäftigten Arbeiter in Frage kommen. Deshalb steht auch der Gelehrtenwurf über die Enteignung der Fürstenvermögen vor, daß das enteignete Land zur Versiedlung durch Landarbeiter, Kleinäcker, Kleinbauern zu verwenden ist.

Die Sozialdemokratie denkt also nicht an die entshädigungslose Enteignung der Bauern. Sie will ein ge-

suntes Bauernamt statt des wertlosen Ratifundienstes.

Die Sozialdemokratie hat auch nie verlangt, daß die Hausbesitzer entshädigungslos enteignet werden, sie hat auch nie versucht, die Freiheit des selbständigen Mittelstandes und der Gewerbetreibenden zu untergraben.

Unser Feind ist das Großkapital.

Genau so wie es alle kleinen Erbenzen systematisch verübt, verteidigt es jetzt den Raubzug der Fürsten.

Es hat aus den Steuern, die dem schwierigenden Mittelstand und der Arbeiterschaft erbarmungslos abgepreßt werden, Hunderte von Millionen für seine Zwecke zu seiner Bereicherung in jede Tasche gesteckt. Die Sozialdemokratie allein bekämpft diese Form der Unterdrückung des Großkapitals. Sie hilft den Kleinen und wehrt den Großen. Sie enteignet die Fürsten, damit das Volk leben kann, und weil der Volksentscheid das einzige Mittel dazu ist, deshalb tritt sie geschlossen mit aller Kraft für ihn ein.

### Poincaré und Herrriot?

Der Präsident der französischen Republik hat am Mittwoch morgen mit den üblichen Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung begonnen. Er hat die Präsidenten des Senats und der Kammer sowie eine Anzahl von Parteiführern empfangen und sie über ihre Auffassung über die politische Situation befragt. Auch mit Poincaré hatte er eine längere Unterredung.

Als Persönlichkeit, die mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt wird, kommt kein anderer als der zurückgetretene Ministerpräsident Briand in Frage. Fraglich

## Sparer und Volksentscheid.

### Die Ortsgruppen im Rheinland für Ja!

Der Hypothekengläubiger- und Sparerbund verband hat zum Entscheiden der deutschnationalen und volksparteilichen Auswertungsgesetze in einer

### Entschließung zum Volksentscheid

Stellung genommen. Die Entschließung besagt wörtlich:

Der Sparerbund will demnächst ein Auswertungs-Vollzugsbegehren mit anschließendem Volksentscheid durchführen. Er kann daher seinerseits Maßnahmen empfehlen, die gezeigt sind, daß das Interesse der breiten Volksmehrheit an dem wichtigsten Akt der Volksbefreiung, nämlich der Abstimmung zum Volksentscheid, abgeschwächen. Deshalb rat der Sparerbund seinen Organisationen, den Gläubigern und Sparen zu empfehlen, an dem Volksentscheid am 20. Juni 1926

durch Abstimmung teilzunehmen und so stimmen, wie es der eigenen Überzeugung entspricht.

In Ausführung dieses Antrags sätzen die Vertreter ein

### 167 Ortsgruppen im Rheinland

folgenden Beschluß:

Das deutsche Volk erlebt am 20. Juni zum erstenmal einen „Volksentscheid“. Dieser Volksentscheid ist das einzige Mittel, welches dem Volke einen unmittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung gestattet; er stellt demnach das höchste staatsbürgliche Recht dar, das die Verfassung gewährt. Die Ausübung dieses Rechts, das heißt die

Teilnahme am Volksentscheid ist daher für jeden stimmberechtigten Wähler höchste Bürde.

Wer sich also durch irgend eine Macht an der Ausübung dieses Rechts und dieser Pflicht hindern läßt, verhindert eine hohe Staatsbürgerpflicht. Deshalb darf

### Kein Später beim Volksentscheid fehlen!

Wie der einzelne stimmt, ob mit Ja für die sogenannte Enteignung der Fürsten, oder mit Nein gegen sie, das ist eine Sache, die er nach seiner Überzeugung entscheiden muß. Es liegt aber klar zutage, daß zwischen der Abstimmung und der letzten Lösung der Auswertungsfrage ein enger Zusammenhang besteht, und daß

nur eine energische Tat des Volkes die Regierenden zur Ressignation und auf den Weg des Friedens zurückzuführen kann.

Darum gelten für den „Sparer“ folgende Richtlinien:

1. Jeder geht zur Wahlurne und stimmt nach seiner Überzeugung.

2. Die politische Macht des Sparerbundes muß deutlich in die Erscheinung treten.

3. Wer sich der Abstimmung enthält, schadigt unsre Sache.

### Drum auf zum Volksentscheid!

Diese Entschließung läßt zwar eine klare Stellungnahme vermissen, aber sie verlangt von den Mitgliedern des Bundes die Beteiligung an der Abstimmung. Die Entscheidung darüber, wie am 20. Juni abgestimmt werden muss, kann für keinen Sparen und Hypothekengläubiger nach ihrer Behandlung in der Vergangenheit zweifelhaft sein. Jeder stimmt am 20. Juni mit Ja!

### Sparerbund Westfalen-Lippe für Ja!

Die Delegierten des Landesverbands Westfalen-Lippe des Sparerbundes sagten auf ihrer Tagung in Dortmund mit großer Mehrheit folgende

### Entschließung zum Volksentscheid:

Der Landesverband Westfalen-Lippe des Sparerbundes verlangt von der Reichsregierung spätestens bis zum 15. Juni, 12 Uhr mittags, eine klare Antwort, daß dem Auswertungsbegehren keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, mit andern Worten, daß bei Zustimmung des Sparerbundes genehmigt wird. Sollte bis zu diesem Termin die Reichsregierung diesem Verlangen nicht zustimmen, so ist eine Antwort erlaubt, welche die Mitglieder aufzufordert, am 20. Juni beim Volksentscheid ihre Stimme mit Ja abzugeben.

Vom Reichskabinettsminister ist daraus folgende Antwort eingegangen:

Der Kabinett hat jetzt über den Volksentscheid über die Rückeroberung des Reichslandes nicht in der Lage, eine schriftliche Entschließung über ein zweites Verfahren des Volksbegehrens zu fassen.

Zu Grunde dieses ablehnenden Beschlusses hat der Landesverband Westfalen für diese Woche auch überall, wo das möglich war, Versammlungen einberufen, um eine lebhafte Propaganda unter den geschädigten Sparen zugunsten der Teilnahme am Volksentscheid zu entfachen und der

Abgabe einer So-Gebühr.



# Hinaus aufs Land.

## An die deutsche Arbeiterschaft!

Zahlreiche Nachrichten aus dem ganzen Reiche, besonders aber aus den Gutsbezirken bestätigen, daß

### Terror

ausgeübt wird, um die breite Masse des Volkes von der Abstimmung zum Volksentscheid fernzuhalten.

Die Geschäftsstellen der Landbünde forbern die landwirtschaftlichen Arbeitgeber auf, genau darüber zu wachen, ob die Landarbeiter zur Abstimmung gehen.

### Durch Zureden und Drohungen

will man versuchen, die stimmberechtigten Staatsbürger an der Abstimmung zu verhindern. Man scheut sogar nicht vor der Aufforderung zurück, durch Führung von

### schwarzen Listen

eine Kontrolle auszuüben, um diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die beim Volksentscheid mit Ja stimmen, aus der Arbeit zu entlassen.

Auf dieses schamlose Vorgehen hat in diesen Tagen auch schon die preußische Regierung hingewiesen und mit allem Nachdruck betont, daß das ein Verstoß gegen die in der Verfassung gewährleisten Rechte der Staatsbürger ist.

Die Landarbeiter und Landarbeiterinnen sind in ihrer Mehrheit willens, bei dem Volksentscheid

### mit Ja zu stimmen.

Der terroristischen Ausübung ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit muß daher mit äußerster Energie entgegengestellt werden.

Die Arbeiterschaft aus der Industrie, dem Handel und dem Handwerk muß die Landarbeiterchaft in diesem Kampf unterstützen. Die Arbeiter in den Städten und Industriebezirken müssen am 20. Juni entweder frühzeitig ihr Stimmrecht ausüben oder, soweit es noch möglich ist, sich

### einen Stimmchein besorgen,

um dann beschleunigt aus Land zu gehen

### zur Überwachung der Abstimmungskästen.

Sie müssen sich sofort bei den Stellen melden, die die Wahlarbeiten, insbesondere die Überwachung der Wahllokale, auf dem Lande vorbereiten. Es kommt besonders

darauf an, auf dem Lande genau festzustellen, ob und wo ein Terror gegen die Abstimmenden ausgeübt wird, um bei nachfolgenden Prozessen

die Tatsache den Gerichten unterbreiten zu können. Auf diesem Wege wird und muß es gelingen, dem rechtswidrigen Treiben der Machthaber auf dem Lande entgegenzutreten.

Wenn die Unternehmer ihre reichen Geldmittel und ihre ganze wirtschaftliche Macht einsetzen, um dem Raubzug der Fürsten auf den Besitz des deutschen Volkes zum Siege zu verhelfen, muß die gesamte organisierte Arbeiterschaft Deutschlands am kommenden Sonntag geschlossen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ihre Stimme abgeben.

Wer bei der Abstimmung fehlt, wer nicht mit Ja stimmt, verfündigt sich am deutschen Volke, verrät die Interessen der deutschen Arbeiterschaft.

Berlin, den 16. Juni 1926.

## Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes

\*

### Reichsbanner heraus!

Kameraden! Die Nachrichten über beabsichtigten Terror bei der Abstimmung am kommenden Sonntag mehren sich. Die Fürstendienner einschließlich des Stahlhelms wollen Kontrollen stellen, um dann mit Stockschlägen auf den Magen der Wähler den Fürsten zu helfen. Wir haben die Aufgabe,

### das Wahlgeheimnis

unter allen Umständen zu sichern.

Unsre Kreisleiter, Ortsvereinsvorstände und Funktionäre müssen sich zugleich

### Stimmscheine besorgen

(der 18. Juni ist für die Bezahlung der letzte Tag) und in den besonders gefährdeten Orten ihrer Umgebung den ganzen Sonntag über ihrerseits nach dem Rechten sehen.

Frei Heil!

## Reichsbanner Schwarz - Rot - Gold Gau Magdeburg - Anhalt. J. A.: Ernst Wille.

### Ein Freiherr packt aus.

Die Propagandisten der Fürsten, an deren Spitze der Freiherr von Berg steht, schlagen in zahllosen Flugblättern moralische Lüste an. Sie reden davon, daß die Fürsteneignung gegen Moral und Recht verstoße. Gegen sie hat sich ein Kronzeuge aus den Kreisen des Adels im "Bayrischen Kurier" erhoben. Ein Freiherr von Hohenasperg hält den Hohenzollern und dem preußischen Adel in Nr. 124 folgenden Spiegel vor:

Gerade der preußisch orientierte Teil des Adels und damit wohl der größte Teil der Mitglieder der "Deutschen Adelsgesellschaft" war es doch, der einen Hohenzollern darin unterstützte, daß deutsche Fürsten, deren Denktum, Gottesgnadentum und Rechtstiel sicherlich nicht schlechter waren als die der Hohenzollern und der übrigen deutschen Fürsten, aus der Liste der regierenden Fürsten gerückt und nicht nur ihrer Throne beraubt wurden, sondern auch ihres Privatgegenstücks verlustig gingen!

Ja man ging sogar noch weiter und billigte es, daß dieses zuverholtene Prädikat in der ungeheuerlichsten und schändlichsten Weise missbraucht wurde, nicht nur zu politischen Zwecken in Form des bekannten und berüchtigten "Neurath-Korruptionssunds", sondern auch zur Begleichung von Schämmereien und Schuldern von der Regierung im Berlin nahestehenden Personen, zur Finanzierung der folgen sogenannter "galanter" Liebesaffären und so weiter! Wohl fand sich hier und da ein aufrichtiger Mann, dessen Rechts- und Unfallsgefühl sich gegen einen solch unehrlichen Missbrauch auflehnte, doch blieben solche Persönlichkeit aus dem Adel — selbst innerhalb des katholischen Adels — verängstigte Ausnahmen.

Ein deutscher Adliger gesteht, daß die Hohenzollern sich durch Raub an Freiheit im Privaatgegenstück bereichert haben, daß preußische Adlige sich zu Mittäglichkeiten und Mittäglichkeiten des Staates gemacht haben. Die moralischen Deformationen des Generalbevollmächtigten der Hohenzollern, Herrn von Berg, der nebenbei Marquess der sog. Hohenzollernschaft ist, sind durch diesen Zeugen als Deutlichkeit entlarvt. Gegen den Raub der Fürsten fucht jetzt das Volk sein Recht.

### Die Last der Besetzung.

Zur März 1925 waren nach der jüngsten Denkschrift, die das Reichsministerium für die besetzten Gebiete über die Stücke der Besetzung, ihre Verteilung und die von ihr beanspruchten Wohnungen herausgegeben hat, insgesamt 10.070 Wohnungen beauftragt, was eine Vermehrung von 380 gegenüber dem September 1923 bedeutet. Bei der Zahl dieser Wohnungen handelt es sich um ehemalige Gebäude. Die Zahl der mit Besitzung beladenen Einzelnummern ist mit ungefähr 1.500 anzugeben, vor allem in der rheinischen Besatzungszone. Von den Angehörigen der Besatzungstruppen sind etwa 2000 verharrt. Im 15.000 bis 20.000 Familienangehörige der sich haben. Die Franzosen haben, genau dem gegebenen Berichter, vom September 1925 bis zum März 1926 annähernd 1.100 Besatztmänner aus dem Rheinland in die Heimat verschickt. In ihrer Stelle ist allerdings eine neue Besetzung durch angehörende die gleiche Zahl Besatztmänner der dort eingetroffenen Besatzungstruppe getanzt, wodurch sich eine starke Vermehrung des Wohnungsmarktes in dem von den Engländern davor eröffneten Gebiet eingestellt hat.

Von der Truppenbesetzung in der weiteren Rheinlande — es handelt sich um 3000 Mann — sind folgende Zahlen in Rundschreiben gegangen worden: Duren mit einer Bevölkerung von 200 Mann, Troisdorf 100 Mann, Erkelenz 100 Mann, Schleiden 20 Mann, Süchteln 700 Mann, Geilenkirchen 800 Mann und Mönchengladbach 1000 Mann. Dagegen haben einige Städte, so

Biebrich, Bingen, Bingerbrück, Odstein, Kreuznach, Ludwigshafen, Neustadt und andere eine Verminderung der Bevölkerung erfahren. Eine wesentliche Erleichterung kam allerdings nur Monabaur und Sankt Goar zugute; in diesen Städten wurde die Besetzung von 600 bzw. 850 bzw. 16 bzw. 10 Mann herabgesetzt.

Verglichen mit der deutschen Garnisonsstärke vor dem Kriege weilt Koblenz ungefähr die gleiche Belegung (9150 Mann) auf. Dagegen befehlt Wachen gegenüber 2200 Mann deutscher Truppen vor dem Kriege jetzt rund 4000 Besatzungstruppen; Andernach 576 gegenüber 21; Diez 1600 gegenüber 745; Jülich 1570 gegenüber 913; Höchstädt 500 gegenüber 20; Kaiserslautern 2450 gegenüber 26; Kehl 1020 gegenüber 641; Kreuznach 2100 gegenüber 11492; Wiesbaden 4650 gegenüber 1846; Zweibrücken 2200 gegenüber 1574.

Eine stärkere Besetzung als jetzt hatten vor dem Kriege lediglich Germersheim, Griesheim, Trier und Worms.

### Attempause für Belgien.

Das Mitglied der belgischen Regierung, Francqui, gab bei seiner Rückkehr aus London in Brüssel die Erklärung ab, daß es ihm gelungen sei, eine Verlängerung der in England befindlichen Schabscheine zu erhalten. Dies verschaffte der belgischen Regierung die nötige Siempause für die finanzielle Sanierung. Doch sei der Stabilisierungspakt noch nicht fertig.

Die Stabilisierung könnte erst nach der inneren Sanierung erfolgen. Aber die tatsächlichen rechtsgültigen nicht eine Abhängigkeit des belgischen Frank vom französischen. Ebenso sei die andauernde Vertrauenskrise nicht gerechtfertigt durch die wirtschaftliche und finanzielle Lage Belgiens. Die eigentliche Ursache der Krise sei die Kapitalflucht ins Ausland, ein Gesündnis, das aus diesem Kunde doppelt wertvoll ist.

Francqui fügte seinen Erklärungen eine ernste Warnung an die Kapitalflüchtigen hinzu; die spätere Sanierung würde ihnen unendlich teurer zu lieben kommen. „Ich habe keine Geheimformel“, schloß Francqui, „der Frank kann nur rettet werden, wenn das erwartete Kapital heimgebracht wird. Bekomme ich keine allseitige Hilfe, dann bin ich entschlossen, auf die mit geistiger übermenschliche Aufgabe zu verzichten.“

### Kampf um den Siebenstundentag.

Es ist nach den verschiedenen Besprechungen zwischen den politischen und den gewerkschaftlichen Führern der englischen Arbeiterschaft nun mehr deutlich, daß die gesamte britische Arbeiterschaft in der schärfsten Verdammung der Baldwinischen Vorschläge, welche auf eine Suspension des Siebenstundentags im Bergbau hinauszugehen, völlig einig ist.

Der Gesetzentwurf der Regierung, welcher diese Suspension des Siebenstundentags im Bergbau vorsieht, wird schon in der kommenden Woche dem Parlament vorgelegt werden. Die Arbeiterschaft wird alle ihr zur Verfügung stehenden konstitutionellen Mittel einzufordern, um dieses Gesetz sowie den größten Teil der Vorschriften von der Regierung in diesem Zusammenhang angeschuldigten Gesetzesmaßnahmen zu bekämpfen und die Gesetzesgebundene zu schützen. Sofern es in ihrer Macht als Minorität steht, aufzuhalten.

Zudem kann aus der liberalen Presse hervorgegangen sein, daß die Baldwinischen Pläne auf liberaler Seite keine Fähigung finden, geht mindestens aus einer Reihe von Meinungsunterschieden bestehender liberaler Politiker, und zwar liberales Gründen der beiden Gruppen her vor, daß die Liberalen nicht bei der Verdammung der Baldwinischen Vorschläge durchsetzen. Der Arbeiterspartei an sichlichen wird, da Baldwin den Sozialbericht, dessen Inhalt sich die liberale Partei voll und ganz zu eigen gemacht hat, in seiner Erklärung im Unterhaus erstaunlich verlassen hat.

### Arbeiterschutzfragen im Haag.

Der am 16. Juni wieder zusammengetretene Ständige internationale Gerichtshof im Haag hat als ersten Punkt seiner Regierung eine Frage zu behandeln, die für die gesamte Arbeiterschaft von größter Bedeutung ist. Auf Ansuchen des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsbureaus, der von seiner Unternehmergruppe dazu veranlaßt wurde, soll der Gerichtshof folgende Frage beantworten:

Hat die internationale Organisation der Arbeit die Befugnis, eine Regelung zu entwerfen und vorzuschlagen, die mit dem Ziele des Schutzes bestimmter Lohnarbeitergruppen zugleich und nebenbei sich mit der Arbeit des Arbeitgebers befähigt?

Die Mehrheit des Verwaltungsrats im Internationalen Arbeitsbureau, soweit sie der Unternehmergruppe angehört, hat die Befugnis der internationalen Organisation in dieser Hinsicht angezeigte. Es handelt sich für den Gerichtshof nicht um die Urteilstellung in einem etwa anhängig gemachten Prozeßverfahren, sondern um ein Gutachten, mit dem sich beide den Gerichtshof darum ersuchenden Teile zufrieden geben wollen. Die Frage hängt aufs engste mit der Macht ab, die in den Wählern zusammen. Die Arbeitskonferenz von 1924 hat eine im Jahre 1925 in zweiter Lesung angenommene Regelung getroffen, wodurch die Arbeiterschaft sowohl den an der Brotbereitung teilnehmenden Arbeitern wie den Unternehmern verboten wird. Die Unternehmer waren jedoch mit dieser Bestimmung keineswegs einverstanden, da nach ihrer Auffassung dadurch in die Konkurrenzbedingungen eingegriffen und die großen Unternehmer gegenüber den kleinen bevorzugt würden. Diese Maßnahme bedrohte eine Gruppe mit Untergang, die den Übergang von der Arbeiter- zur Unternehmerklasse bildet; sie fastete die individuelle Freiheit an und bedrohte das Hausrecht.

Die Unternehmer blieben in der Plenarversammlung in Genf in der Minderheit. Von Arbeiterseite wurde mit Recht gestellt, daß das Verbot für die Lohnarbeiter nicht durchzuführen sei, wenn es nicht zugleich auch für die Unternehmer gelte.

### Notizen.

Geschenke an Polizeibeamte. Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: In den letzten Tagen ist durch eingehende Beobachtungen festgestellt worden, daß eine Reihe von Lokalen regelmäßig die Polizeistunde überschritten haben und zwar unter Duldung von Polizeibeamten, die von den Lokalhabern Geschenke verschiedener Art, so alkoholische Getränke, Essen, vor allen Dingen Zigaretten, aber auch Geld in verhältnismäßig kleinen Beträgen dafür erhalten. Gestern nahmen wurden im ganzen Berlin Polizeibeamte und mehrere Lokalhaber und Geschäftsführer von Lokalen. Der Untersuchungsrichter, dem die Beleidigten vorgeführt worden sind, hat die Untersuchungshaft verfügt.

Der Polizeipräsidient hat diesen Vorfall zum Anlaß genommen, den Beamten die außerordentliche Verantwortung in Erinnerung zu rufen, die sie für sich selbst und für die gesamte Schutzpolizei zu tragen haben, und nochmals auf das sagende vor der Annahme auch der kleinsten Geschenke und vor Gefälligkeiten gewarnt.

Antrag auf Landtagsauflösung. Dem Hessischen Landtag ist die Unterschriftensammlung des hessischen Wirtschafts- und Ordnungsbuchs (Vereinigte Rechtsparteien) zugänglich. Die Zahl der Unterschriften soll ungefähr 160.000 betragen. Damit wäre es den Rechtsparteien gelungen, nicht ganz drei Viertel der Stimmen bei den Eintragungen aufzubringen, die sie bei der letzten Reichstagswahl erreicht hatten. Die Unterschriften werden zur Prüfung dem Landesabstimmungssleiter zugeleitet.

Nordamerika nicht beteiligt. Das Auswärtige Amt der Vereinigten Staaten erklärt zu der Nachricht, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten in Rio de Janeiro Brasilien zu seinem Austritt aus dem Völkerbund beglückwünscht habe, aufs nachdrücklich, daß die Vereinigten Staaten auch nicht indirekt an dem Konflikt in Genf beteiligt gewesen seien, in dessen Verfolg sich Brasilien zurückgezogen hat. Der Schritt des Botschafters wird also durch diese Erklärung als eine eigenmächtige Handlung, die im Gegensatz zur Politik der Vereinigten Staaten steht, charakterisiert.

### Depeschen.

#### Wahltriebungen in Thüringen.

Weimar, 17. Juni. (Radio.) Kurzlich fanden im Bereich des thüringischen Bildungsministeriums die Beamtenwahlen statt, bei denen hauptsächlich der thüringische Lehrerverein und die Gewerkschaft deutscher Volksschullehrer einander gegenüberstanden. Die Gewerkschaft deutscher Volksschullehrer wies unmittelbar nach der Wahl auf schwere Verluste hin, die bei den Vorberatungen und bei der Auszählung der Stimmen vorgetragen seien sollen. Nunmehr hat das thüringische Staatsministerium beschlossen, dem Proteste der Gewerkschaft deutscher Volksschullehrer, die dem Allgemeinen deutschen Beamtenbund angefochten sind, Rücksicht zu geben und die Beamtenwahlen für ungültig zu erklären.

#### Die Radikalen warten ab.

W. Berlin, 17. Juni. Radikale in einem Abendkongress des kleinen Parteitags der Radikalen der Abgeordneten Chautens einen Bericht über die allgemeine Politik der Partei erhielten, in dem er für die alte Kartellpolitik gegen das Staatskabinett der nationalen Einigkeit eingetreten war, das ein Verschöpfung sei, während Gründung Brüderlichkeit ein standhaft für den Fortdauern einer Regierung von Ulm bis Berlin eintrat, wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Partei jeden Versuch mitbilligt, unter dem Deckmantel des "Burgfriedens" die der Republikarischen bereits abgelebten Minderheiten in die Regierung zu bringen. Dagegen sei die Partei bereit, eine demokratische Regierung zu unterstützen, die die Einigkeit der Republikarischen auf Grund eines wirksamen Finanzierungsklausur durchsetzen entschlossen ist.

#### Ein wahnsinniger Schläger.

W. Dortmund, 17. Juni. In der vergangenen Nacht rüttete der Schläger Gießelwitz seine Frau und seine drei Kinder in seiner Wohnung in der Leopoldstraße. Dann schlug er mit einem Beil im Schlafzimmer des Kriegsgegner einen von ihnen, mit dem er eine Faust vorher durchgeschlagen hatte. Die anderen Söhne verhielten sich und taten nichts. Darauf schlug er eine von ihm bewaffnete Gießelwitz, schlug sie nieder und verließ Gießelwitz.

#### Gewerkschaft.

W. Chemnitz, 17. Juni. Gestern nachmittag wurde die Chefetappe des Weber-Obermeisters Gießelwitz mit ihren beiden Kindern im Alter von 8 Jahren und vier Monaten bewußtlos in ihrer Wohnung aufgefunden. Da lag Gießelwitz mit Blutbefleckung auf dem Boden, wobei er bei dem Schlag begegnete. Gießelwitz war zu diesem Zeitpunkt sehr betrunken.





## Zentrum für Ja!

Der Kreisvorstand der Zentrumspartei des Kreises Höchst hat nach eingehender Aussprache einstimmig eine Entschließung zum Volkentscheid angenommen, in der es heißt:

Jede Aussicht auf eine zufriedenstellende Lösung durch Reichstagabeschluß mit einfacher Mehrheit wurde geradommen. Diese neue Tatsache lag bei Ausgabe der Parteiparole und bei der Stellungnahme der Herren Bischoße noch nicht vor. Wir sind daher im Kreisvorstand einstimmig der Ansicht, daß wir jetzt aus drücklichem Gewissen für „Ja“ stimmen müssen, ebenso klar und eindeutig wie wir, nach Annahme des Volkentscheids, dafür eintreten müssen, daß eine gerechte Abfindung der Fürsten durch Landesgesetz stattfinden muß.

Diese klare Entschließung wurde dem Reichsparteivorstand in Berlin übermittelt.

Die katholische Jugend des rheinisch-westfälischen Industriegebiets verbreitet ein Flugblatt zum Volkentscheid, in dem es heißt, daß die katholische Jugend eine Neutralität am 20. Juni für unmöglich hält. So sieht auch die sozialistische Fassung des Gesetzentwurfs den Katholiken die Zustimmung erschwert, sei sie trotzdem für eine Bejahung des Gesetzentwurfs, weil jeder die Regierung des Landes, noch die Gerichte, noch der Reichstag es vermocht haben, ein zufriedenstellendes Kompromiß herbeizuführen.

Aus diesem Grunde werden am kommenden Sonntag alle Freunde der katholischen Jugend für die Bejahung des Fürstenvertrags stimmen. So heißt es wörtlich in dem Flugblatt.

## Bund deutscher Lokomotivführer.

Der Schwindel ist den Fürstendienern recht, wenn sie dem Volk eine Front gegen den Volkentscheid vorwerfen wollen. Das zeigt am besten der Antrag, den sie sich mit dem „Bund deutscher Lokomotivführer“ geleistet haben. Durch die Reichspresse geht eine Notiz unter der Überschrift „Die Lokomotivführer gegen den Fürstentum!“ Darauf ist davon die Rede, daß der Vorstand des Bundes deutscher Lokomotivführer den Volkentscheid vom 20. Juni als „alten Staatsfeind“ bezeichnet und abgelehnt habe.

Bund deutscher Lokomotivführer? Gibt es denn so etwas? Ja, den Bund gibt es, er hat nur den einen Fehler, daß keine Lokomotivführer in ihm organisiert sind. Man kann die schwergewichtigen Lokomotivführer dieses Bundes an den zehn Bürgern abzählen. Es sind keine 5 Prozent.

95 Prozent der deutschen Lokomotivführer, die überwältigende Mehrheit, die in und mit dem Reichsverband marschiert, werden für den Volkentscheid mit Ja stimmen.

## Verjagtes Volk.

Eine Thüringer Wehrzeugsäde, erzählt von Herrn Anders Krüger.

Copyright by Georg Westermann, Braunschweig.

(16. Fortsetzung.) (Kadaver verkauft)

Nef ergripen von den stöckend, aber wunderbar schlicht vorgetragten Worten des Alten, reichte ihm der schwere Jungenkamer beide Hände und schüttelte sie freudig:

„Lieber Herr Ritterfeld, erlauben Sie mir jetzt dies verehrungsvolle Wort, ja — Sie sind mit Sieb und Werk geworden durch Ihr großmütiges Geschändnis. Erlauben Sie mir nun auch als Kamerad und Vertreter des Bundesherren einige Worte zu mir und beide entscheidende Ausführungen. Wir haben ja nur gemeinsam mit der Lütsche — wirklich Herr Ritterfeld — wohl auch den Herzog —, aber ich gebe unzuwunden zu, wir haben's sehr am Angang und falsch ausgerichtet und so dieses Butterbrot nicht derartig hergestellt. Wir haben uns als Menschen in Menschen gekenn, wir sind belogen und betrogen worden, haben uns schmerz und entzündbar verprüft und haben nun den Schaden — vielleicht auf beiden Seiten. Müdigkeit läßt sich das alles leiden. Leider nicht mehr machen. Wir könnten die Lütsche gar nicht wieder aufnehmen, auch wenn wir es wollten; der Herzog müßte einfach abdanken und wir alle dazu — nach solcher öffentlichen Niederlage. Sie wollten diese — sicher, weil Sie bisher — mir durchaus verständlich — unter schwierig, unerträglichster Begier waren und zum ertragen. Ich habe Ihre herzliche Anerkennung eines öffentlichen Brüdervereinshaus sehr wohl verstanden, auch — ich sahe es ganz offen — gefürchtet und dachte aufs äußerste bekämpft. Ich sah das Interesse des Bundes zu verlieren, ja jungfräulich und weitaus weiter ich zuerst bei der leidigen Lütsche-Sache gehörte darin. Was ich Ihnen angeboten habe und welche zum Teil entstanden, waren Sie ja gütig mir zu berichten. Ich habe Ihnen persönlich weniger, aber Ihnen Ritterfeldern doch sicher sehr Gewissensbisse zu verzeihen, und ich will — je schwer es mir als Soldaten fällt — wahrhaftig, es fällt mir unglaublich schwer — allem ich will es auch verzeihen, schon um meine gemalige Schuld an der Lütsche einzumerken zu führen. Ritter, und gut — ja — wie wollen meine Freunde schreien — als Soldatinnen! Denn auch Sie sind einer, ich weiß es jetzt und fühle es längst, aber auch Sie als Söhne eines und desselben Vaterlandes, einer gesiehten Wehrherren, wollen wir endlich Frieden schließen müssen und wollen. Bringen Sie Ihren bereiteten Säbeln das gleiche und das ich dem meinigen in diesem ebenso langen und feindlichen Kampf abgeworfen habe; Nehmen Sie also uns

## Wilhelms Sparkassenbuch.

Wilhelm II. war sein Leben lang ein Verschwender, wenn es auf ander Kosten ging. Für sich selbst aber hat er vorgezeigt. Von ersten Jahren seiner Regierung an nahm er von der Zivilistliste regelmäßig einige Millionen Mark für seine „Privatschatulle“ in Anspruch. Das persönliche „Gebalt“ gab er aber nicht aus. Er sparte und legte das Geld in Aktien und Hypotheken an. So verdiente er alljährlich hohe Zinsen, die zum Kapital geschlagen wurden.

Sein „Sparkassenguthaben“ entwickelte sich wie folgt:

	Besitz	Zinsen
1888	1 467 689	34 395
1889	1 994 951	53 729
1890	4 137 272	111 170
1891	5 066 961	183 861
1892	6 284 153	222 188
1893	7 392 875	276 367
1894	8 882 160	315 669
1895	10 311 983	372 008
1896	11 436 392	431 278
1897	12 303 275	462 227
1898	13 435 942	474 996
1899	13 086 473	537 177
1900	13 394 112	510 036
1901	14 831 036	548 013
1902	16 031 856	609 746
1903	17 496 754	648 231
1904	18 416 519	732 571
1905	19 690 831	784 905
1906	20 536 481	828 531
1907	20 309 419	868 946
1908	21 591 458	915 466
1909	23 436 400	931 846
1910	25 480 732	1 013 125
1911	27 110 761	1 035 176
1912	28 231 095	1 215 838
1913	29 279 281	1 312 217
1914	30 907 738	1 348 245
1915	33 447 810	1 376 495
1916	36 229 470	1 388 149
1917	39 610 029	1 700 037
1918	41 200 000	1 800 000

Die Privatschatulle hatte also bei Ausbruch der Revolution rund 43 Millionen. Aber diese Millionen waren nicht in Kriegsanleihen angelegt, sondern in Industrieaktien, in Wertpapieren usw., darunter ein großer Teil in ausländischen Aktien. Nach dem Kriegsfall besaßen die Thronzellen allein ein Vermögen von rund 200 Millionen Mark bei etwa 1400 bis 1500 Millionen Gesamtbesitz, aber nur ganze 20 Millionen Mark Kriegsanleihen. Nicht einen Pfennig hatten sie für Kriegsanleihen auf ihren Grundbesitz aufgenommen. Die Staatsbürger, von denen unzählige ihr ganzes Vermögen in Kriegsanleihen angelegt haben, erhalten für 100 Mark höchstens 2,50 Mark. Die Thronzellen haben ganze 20 Millionen Mark an den Krieg riskiert und fordern dafür 185 Millionen Mark „Abfindung“.

## Fürsten und Heldentod.

Unter den zahllosen Flugblättern, die die früheren Fürstenhäuser und ihre Trabanten gegen den Volkentscheid in Massen verbreiten lassen, trägt eins die Überschrift: „Wo blieben die Fürsten im Weltkrieg?“ Der Zweck des Flugblattes ist der, die in den Massen des Volkes weitverbreitete Auffassung zu widerlegen, daß die Fürstenhäuser im Weltkrieg am wenigsten Blutopfer gebracht haben. Um nun den Gegenbeweis zu führen, werden die Namen aller Mitglieder vormaliger regierender Fürstenhäuser aufgelistet, die im Kriege gefallen sind. Diese Liste enthält 18 Namen. Sieht man sie sich genau an, dann bemerkt man verschiedene Eigentümlichkeiten, die leicht zu werden verdienen, da sie für die Methoden charakteristisch sind, mit denen die Fürsten für sich Stimmen zu machen versuchen.

Während bei fünfzehn wirklich gefallenen Prinzen genaue Angaben über die Umstände ihres Heldenmordes enthalten sind, sind in drei Fällen die betreffenden Namen nur mit dem †-Zeichen (gestorben) versehen. So beim Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe, der als General der Kavallerie im 58. Jahre bei einem Stab gestorben ist, ohne daß das Flugblatt zu behaupten versucht, daß eine auch nur mittelbare Kriegseinwirkung den Tod des nahezu Sechzigjährigen verursacht hat. Dagegen wird beim Prinzen Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen ausdrücklich verzeichnet, „an den Folgen seines Kriegseides“. Dieser ist aber drei Monate nach Kriegsende als Generalleutnant a. D. im Alter von 61 Jahren gestorben, d. h. in einem Alter, wo die Menschen, sogar Fürstliche Gebieter, manchmal sterben, ohne daß ihr Leiden ein „Kriegsleiden“ ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der Liste derer, die den „Heldenmord“ starben. Schließlich ist noch unter den achtzehn ein Prinz Moritz Georg zu Schaumburg-Lippe aufgeführt, der als Kürschmeister der Reichswehr am 10. März 1920 in Breslau gestorben ist. Es steht zwar gedruckt „beim Grenzschutzdienst gegen die Polen“, aber das gewöhnliche †-Zeichen ohne jede weitere Angabe als Breslau als Sterbeort gab die Vermutung, daß dieser Prinz nicht infolge einer Verletzung oder eines „Kriegsleidens“, sondern eines ganz natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme wird nun durch die „Kreuz-Zeitung“ vom 11. März 1920 bestätigt, in der ganz trocken gemeldet wird, daß der Prinz an Lungenerkrankung gestorben ist. Das „Kriegsleiden“ eines Generalleutnants a. D. dürfte wohl ganz „ziviler“ Art gewesen sein. Dennoch steht der Sigmaringer ebenso wie der Schaumburg-Lipper auf der

# „Privatvermögen“ der Hohenzollern?

In den Flugblättern der Fürstendteuer werden die Hohenzollern als überaus beschworene Leute dargestellt, die von ihrem „Privatvermögen“ nur 17 Prozent (rund 185 Millionen Goldmark) fordern, während der Staat 88 Prozent erhalten soll. Diesen Behrenangaben liegt eine bodenlose Unverschämtheit zugrunde. Das „Vermögen“ der Hohenzollern setzt sich zusammen aus Staatsbesitz, der ihnen zur Nutzung bzw. Repräsentationszwecken überlassen war (etwa wie einem Beamten eine Dienstwohnung mit Garten), aus „Staatsbesitz“ und aus Werten, die von den Fürsten als „zweifelhaft“ bezeichnet werden, d. h. es handelt sich um Staatsbesitz, den die Hohenzollern als ihr Eigentum reklamieren. Der Staatsbesitz, der als solcher auch von den Fürsten der Hohenzollern anerkannt wird, macht allein 526 Millionen von insgesamt 1055 Millionen aus, während der „Privatbesitz“ der Hohenzollern auf rund 89 Millionen veranschlagt wird. Aus dem „zweifelhaften“ und Staatsbesitz fordern die Hohenzollern Werte von 116 Millionen Goldmark und dazu noch 30 Millionen Goldmark Barabfindung, insgesamt Werte von 185 Millionen Goldmark. Das ist annähernd das Fünffache des „Privatbesitzes“ der Hohenzollern, nicht siebzehn, sondern fast 500 Prozent.

Um welche riesenhaften Werte es geht, zeigt die folgende Übersicht allein über Land- und Forstbesitz, die Rückgründstüde, die Schlösser und Parke. Wir entnehmen die Übersicht der amtlichen Denkschrift des preußischen Finanzministers.

## Land- und Forstbesitz.

Bedeckung:	Umsatz in Wert in Goldmark
1 Herrschaft Soden	1 882,0
2 Herrschaft Lels	10 050,0
3 Herrschaft Superbensen	39 819,6
4 Herrschaft Rheinsberg	4 420,2
5 Antike Wallstraße, Städte Sehnen	1 026,2
6 Herrschaft Gremm	4 001,9
7 Herrschaft Schönhagen	6 941,2
8 Gut Rossewitz, Dorf Rossewitz	915,2
9 Gut Hennersdorf, Dorf Rossewitz	610,5
10 Gut Heinersdorf, Dorf Schönhagen	525,5
11 Gut Röder, Dorf Schönhagen	1 422,5
12 Gut Rossewitz und Hennersdorfer Dörfer, Dorf Schönhagen I, gebraucht	2 153,1
13 Gut Rossewitz, Dorf Glogau	321,6
14 Gut Rossewitz, Dorf Glogau	335,9
15 Gut Lübbow, Dorf Glogau	355,4
16 Gut Rossewitz u. Oberholzen, Dorf Glogau, Bebauungsgesellschaft	3 942,0
17 Gut Rossewitz, Dorf Glogau	206,3
18 Gut Rossewitz, Dorf Glogau	354,2
19 Wallstraße 10-12, Wittenberg u. Zehden, Dorf Glogau, gebraucht	65,1
20 Gut Rossewitz, Dorf Glogau	355,4
21 Gut Rossewitz mit Rossewitz Dorf und Glogau, Dorf Glogau	655,9
22 Gut Rossewitz und Glogau, Dorf Glogau	600,0
23 Gut Rossewitz	355,5
24 Gut Rossewitz	214,7
25 Rossewitz Schloss, Schloss Rossewitz, Dorf Rossewitz, gebraucht	3 250,4
26 Rossewitz Schloss, Schloss Rossewitz, Dorf Rossewitz, gebraucht	20 254,9
27 Rossewitz Schloss, Schloss Rossewitz, Dorf Rossewitz	321,3
28 Rossewitz Schloss, Schloss Rossewitz, Dorf Rossewitz	320,1
29 Rossewitz Schloss, Schloss Rossewitz, Dorf Rossewitz	1 882,3
30 Rossewitz Schloss, Schloss Rossewitz, Dorf Rossewitz	1 882,8
31 Rossewitz Schloss, Schloss Rossewitz, Dorf Rossewitz	7 985,4
<b>Land- und Forstbesitz.</b>	
Bedeckung der Grundstücke:	
1. Reich-Berlin:	
1. Marktfeld Berlin, Straße 20/21 u. am Schloßberg	10 271,000
2. Tempelhofer Vorstadt 10/12 und Tempelhofer Vorstadt 10/12 und Tempelhofer Vorstadt 10/12	1 000,000
3. Tempelhofer Vorstadt 10/12 und Tempelhofer Vorstadt 10/12	100,000
4. Tempelhofer Vorstadt 10/12	400,000
5. Tempelhofer Vorstadt 10/12	400,000
6. Tempelhofer Vorstadt 10/12	100,000
<b>Wiedergabe:</b>	
Bedeckung der Grundstücke:	
1. Reich-Berlin:	
1. Marktfeld Berlin, Straße 20/21 u. am Schloßberg	10 271,000
2. Tempelhofer Vorstadt 10/12 und Tempelhofer Vorstadt 10/12 und Tempelhofer Vorstadt 10/12	1 000,000
3. Tempelhofer Vorstadt 10/12 und Tempelhofer Vorstadt 10/12	100,000
4. Tempelhofer Vorstadt 10/12	400,000
5. Tempelhofer Vorstadt 10/12	400,000
6. Tempelhofer Vorstadt 10/12	100,000

	1 282 000	B. Kassel.
8. Werdersche Rosenstraße 1	162 280	C. Hannover.
9. Werdersche Rosenstraße 2	267 057	?
10. Werdersche Rosenstraße 3	219 200	?
11. Niederwegstraße 1/2	660 240	?
12. Prinz-Friedrich-Dorf-Straße 3	2 075 724	?
13. Prinz-Louis-Ferdinand-Straße 5	2 895 900	D. Wiesbaden.
14. Prinz-Louis-Ferdinand-Straße 6	1 257 000	?
15. Gehrenstraße 41	2 682 200	?
16. Wilhelmstraße 72/Budapester Straße 139	?	Schlösser und Parke.
17. Marstall zu Charlottenburg am Luisenplatz und an der Schloßstraße	858 000	Bezeichnung:
18. Spandauer Straße 1 (Charlottenburg; Hofkammer und Hausarchiv)	840 569	Groß-Berlin.
19. Spandauer Straße 7 (Charlottenburg)	185 820	Wert in Goldmark
20. Spandauer Straße 8 (Charlottenburg)	190 890	104 760 000
21. Spandauer Straße 9 (Charlottenburg)	184 500	12 011 420
22. Spandauer Straße 10 (Charlottenburg; Schloßgärtnerei)	?	9 166 086
23. Bildmeisterei Paulsborn im Grunewald	607 420	5 968 210
II. Potsdam und Umgebung.	640 035	14 107 051
25. Villa Alexander	4 285 200	4 074 727
26. Kolonie Alexandrowka mit 18 Wohnhäusern, dem Pfarrhaus und der Griechischen Kapelle	187 473	16 190 765
27. Chem. Schleihähnches Grundstück (Drachenberg)	211 550	24 474 978
28. Friedrichstraße 17	255 870	36 496 516
29. Gemalige Gartnerlehranstalt	54 300	17 028 320
30. Villa Blaue (Gebäudewert)	2 503 520	3 801 092
31. Villa Ingensheim	62 875	288 694
32. Jägerstraße (Altes Pagenhaus)	649 900	Potsdam und Umgebung.
33. Schauspielhaus Am Kanal 8	87 350	10 522 467
34. Am Kanal 53	106 675	666 810
35. Grundstück Am Kanal 67	295 136	123 593 190
36. Neue Königstraße 26	193 095	8 353 505
37. Kaiser-Wilhelm-Straße 39	783 418	289 285
38. Villa Siegnitz	36 500	26 213 671
39. Gennesträße 5	58 500	1 560 608
40. Gennesträße 6 und 7	62 919	28 600
41. Gennesträße 8	57 160	7 251 048
42. Gennesträße 9	100 668	17 341 786
43. Gennesträße 10	289 370	946 078
44. Gennesträße 11	193 360	230 809
45. Gennesträße 26, 30, 31	66 490	5 663 700
46. a) Alte Luisenstraße 79 b) Alte Luisenstraße 58 (Sandersonhof)	273 355	50 000
47. Neue Luisenstraße 76	52 000	Auswärtige Schlösser.
48. Neue Luisenstraße 78-79	40 000	8 000 000
49. 2 Hölzer Obigarten (Neue Luisenstraße 83) und 3 Hölzer Herkland mit Riesengrube an der Luisenstraße	285 000	31 200 000
50. Schlosskirche am Neuen Markt 1	247 350	6 756 128
51. Schlosspalais Neuer Markt 9	651 150	3 257 500
52. Teil der Historiker hinter dem Rathaus	150 554	2 861 913
53. Hinter der Historiker 4	27 490	1 890 155
54. Historiker 24	35 795	?
55. Alte und Neuendorf 5	54 170	?
56. Alte und Neuendorf 6	210 500	3 065 549
57. Alte und Neuendorf 8	150 170	35 611 060
58. Schlosskirche 12	521 360	684 783
59. Schlosskirche 25	99 730	216 323
60. Schlosskirche 5	56 970	?
61. Schlosskirche 1 (Tempelhof)	46 750	?
62. Schlosskirche 5 (Tempelhof)	26 685	887 726
63. Schlosskirche 51 (Tempelhof)	455 000	1 521 20
64. Schlosskirche 61 (Tempelhof)	163 975	2 511 00
65. Schlosskirche 10	166 674	748 175
66. Schlosskirche 11	60 565	588 11
67. Schlosskirche 3 (Tempelhof)	508 250	519 26
68. Schlosskirche 21	228 571	?
69. Schlosskirche	106 300	507 620
70. Jagdschloß am Schlosspark	1	156 7
71. Schloss Rosenthal bei Rosenthal	2	195 900
72. Luisenstraße 16 und 17, Werkstatt Berghof	3	1 871 700
73. Unter Altes Schloss, Schlossstraße 2 und 2a	4	320 000
74. Unter Altes Schloss, Schlossstraße 1	5	732 655
75. Unter Altes Schloss, Schlossstraße 1	6	582 541
76. Wall-Mühle in Altes Schloss, Schlossstraße 2	7	343 715
77. Villa Bellaria in Wittenberg	8	966 382
78. Schloss Lübbenburg	9	4 566
79. Jagdschloß Rosenthal	10	10 500
80. Schloss Rosenthal	11	142 080
III. Auswärtige Grundstücke	30 000	1 102 500
81. Villa in Posen bei Schlosskirche	1	3 153 690
82. Villa Rosenthal in Rosenthal bei Wittenberg	2	117 700
83. Gutsbezirk im Gutsbezirk	2	471 500
84. Gutsbezirk Rosenthal	3	352 714
85. Gutsbezirk Rosenthal im Gutsbezirk	4	214 800
86. Gutsbezirk Rosenthal im Gutsbezirk	5	?
87. Gutsbezirk Rosenthal im Gutsbezirk	6	?
88. Gutsbezirk Rosenthal im Gutsbezirk	7	?
89. Gutsbezirk Rosenthal im Gutsbezirk	8	4 356 035
90. Gutsbezirk Rosenthal im Gutsbezirk	9	4 000
IV. Theatergrundstücke	51 000	?
1. Theater Berlin:	40 000	
1. Oper Berlin des Deutschen	2	
2. Kaufhaus am Gendarmenmarkt	2	
3. Kino am Gendarmenmarkt	2	
4. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 3	2	
5. Deutsches Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
6. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
7. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
8. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
9. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
10. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
11. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
12. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
13. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
14. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
15. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
16. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
17. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
18. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
19. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
20. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
21. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
22. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
23. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
24. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
25. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
26. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
27. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
28. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
29. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
30. Kaufhaus am Gendarmenmarkt 10-12	2	
V. Theatergrundstücke	2	
1. Berlin:	2	
1. Oper Berlin des Deutschen	2	
2. Kaufhaus am Gendarmenmarkt	2	

# Massenversammlungen in Magdeburg.

## Oberbürgermeister Beim in Alte Neustadt.

Am Mittwoch fand in den „Nationalställen“ eine öffentliche Versammlung statt, die sehr stark besucht war. Der riesige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele Besucher mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. Oberbürgermeister Beim war als Redner angestellt.

In seinem Referat ging Genosse Beim zunächst auf die Frage ein, weshalb ein Volksentscheid über die Fürstenenteignung notwendig geworden ist. Die Ansprüche der Fürsten sind von Jahr zu Jahr größer geworden, und die bürgerlichen Parteien könnten sich nicht dazu aufraffen, eine Auseinandersetzung mit den Fürsten zu suchen, die auch dem Volke gerecht wurde. Nun muß das Volk selbst entscheiden.

Die Schwarzweizroten erklären, die Enteignung sei ein Verbrechen gegen Recht und Moral. Der Redner schärferte, in welcher Art Bismarck Fürsten enteignet hat (die Hauoberaner und die Hessen) und wie er die Enteignung mit Gründen der Staatsicherheit rechtfertigte. Die Begründung Bismarcks, der die Feinde Preußens enteignete, damit sie keine Mittel in den Händen behielten, um Krieg gegen Preußen zu führen, können sich heute die Republikaner mit vollem Rechte zu eigen machen. Auch die Enteignung der Fürsten, die Feinde der Republik sind, muß nicht zuletzt aus

Gründen der Staats sicherheit erfolgen. (Stürmische Zustimmung.)

In der Zeit des Sozialistengesetzes hat Bismarck das gesamte Vermögen der deutschen Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Zeitungen, der Arbeitergenossenschaften beschlagnahmt, ohne Entschädigung enteignet, und keine bürgerliche Zeitung, kein bürgerlicher Politiker hat erklärt, diese Handlung richte sich gegen Recht und Moral.

Redner führte dann Beispiele aus der Geschichte an, wie Fürstenvermögen entstanden sind. (Verkauf von Landeskindern, Bauernvermögen, Raub am Kirchengebet und am Gute des Volkes.)

Die Schwarzweizroten reden selbstverständlich wieder von der „allgemeinen Enteignung“, von der „Abtragung des Privat-eigentums“, die nach einem erfolgreichen Volksentscheid über die Fürstenenteignung kommen soll. Jeder Mensch, der noch einigermaßen denken kann, weiß, daß gewaltsame wirtschaftliche Experimente, die zum Ziel haben, die kapitalistische Wirtschaft durch eine sozialistische Gemeinwirtschaft zu erneuern, zu Rückschlägen führen müssen. Die Sozialdemokraten lehnen derartige Experimente ab.

Die deutschen Rentner, der deutsche Mittelstand, die Später, auch weite Kreise des Unternehmertums und vor allem die deutschen Arbeiter sind enteignet worden in der Inflationszeit.

Die Schuldigen an der Inflation sind die Deutschnationalen, sind die Pöhlischen, die Rathenau gemordet und den Verfall der deutschen Währung verschuldet haben. Inflationsgewinner sind nicht Sozialdemokraten, sind nicht Leute, die von ihrer Arbeit leben müssen, das waren die Opfer. Inflationsgewinner sind die Schwarzweizroten Großunternehmer. In den Monaten der Cuno-Regierung, als die arbeitenden Schichten kämpften und opfereten für das Vaterland, haben die Stimmen und Konferten im geheimen verhandelt mit den Franzosen. Nicht, um dem Vaterland zu dienen, sondern um Geschäfte zu machen.

Ein bürgerlicher Politiker hat erklärt, wenn der Volksentscheid erfolgreich ist, haben wir am Tage darauf den Bürgerkrieg. Damit ist die Vaterländische den Schwarzweizroten charakterisiert. Sie wollen lieber den Bürgerkrieg, ganz Deutschland zugrunde richten, als den Volkswillen zur Geltung kommen lassen.

Der Reichspräsident Hindenburg schreibt in seinem Briefe, daß er sein Leben lang den preußischen Königen treu gedient habe und sich deshalb gegen die Enteignung der Fürsten wenden würde. Wenn sich Hindenburg noch so als treuer Diener der Könige fühlt, hätte er nicht Reichspräsident der Republik werden sollen. (Stürmischer Beifall.)

Man sucht auch wieder an die Tränendrüsen zu rütteln, redet von den armen Jüdinnen, die hungern müssen, wenn ihnen ihr Eigentum genommen wird. Lieber die wirtschaftliche Lage der Fürsten können alle beruhigt sein, die brauchen weder die Sozialfürsorge noch die Erwerbsunterstützung in Inflation zu nehmen. Sie haben sich zumeist schon so viel generiert und beziehen in den meisten Fällen derartig hohe Renten, daß sie sehr gut leben können. Nichts, auch nicht der Novell am die Tränendrüsen, darf uns von der feinen Absicht abbringen,

aus Fürstengut Bollag

zu machen; mit allen Kräften zu verhindern, daß die deutschen Fürsten das deutsche Volk von neuem zugrunde regieren. Auch der Terror am Abstimmungstag, der angedroht wird, soll uns nicht hindern. Wir werden vielleicht in der nächsten Zeit gegen andere Dinge antreten müssen. Mit unserem Leben haben wir einzustehen für die Freiheit, für die Republik, damit die alte Schule der Freiheit nicht wiederkehrt.

Der Vortrag löste tosenden Beifall aus. Genosse Winter ging auf einige Fragen ein und schloß mit anfeuernden Worten die Versammlung. —

## Reichstagsabgeordneter Herl in Erbach.

In einer gut besuchten Versammlung im Stadtteil Erbach am Mittwoch abend Reichstagsabgeordneter Genosse Herl über Moral und Recht beim Volksentscheid. Er führte aus: Wenn man der Agitation unserer Gegner glauben schenkt, dann ist die Bewegung zur Enteignung der Fürstenvermögen gegen alles Recht und gegen die Moral. „In einem Land mit dem Namen Friedrichs des Großen fragen Sie: „Habt ihr dann jeden Stun für Recht verhort?“ Aber gerade der „Nee“ hat ausgesprochen, daß die Monarchen nur die Sackgassen des Kapitalismus für ihre Untertanen seien, daß es an das Volk zurückgelangen werden müßt, wenn sie von ihren Tönen abtreten.

Über die Enteignung der Fürsten ist keine juristische Anlegentlichkeit, sondern eine rein politische. Ein Volk, das einen gewissen Krieg verloren hat, das für seine Wunden und Waisen, überdauert für soziale Zwecke kein Geld hat, darf nicht Milliarden

opfern, um unberechtigte Ansprüche seiner ehemaligen Herrschafter zu befriedigen.

Die Hohenzollern kamen in die Mark Brandenburg als gute Edelleute, die nichts befähigt, als was sie mitbrachten. Wenn sie sich im Laufe der Jahrhunderte Riesenvermögen erwerben konnten, so geschah dies

unter ihrer staatsrechtlichen Stellung

als Kurfürsten von Brandenburg, Könige von Preußen oder Kaiser von Deutschland. Friedrich der Große hat selbst gesagt, daß die Bedeutung seiner Familie nicht ihren übertreffenden Tugenden entstamme. Der Verkauf von Landeskindern als Soldaten an fremde Mächte ist alles anders als tugendhaft und moralisch. Mit dem Blutgeld, das den Fürsten für die Gefallenen gezahlt wurde, begründeten sie ihren Reichtum. Recht und Moral sind in diesem Kampf ungemein auf Seiten des Volkes.

Wenn irgend jemand abfinden hat, dann sind es die deutschen Fürsten. Sie müssen sich selbst damit abfinden, daß ihre Thronen verloren sind und daß sie arbeiten müssen, wenn sie leben wollen, wie jeder andre Staatsbürger auch. Wenn einmal der Anteil Deutschlands an der Kriegsschuld festgestellt werden sollte, dann fällt dieser allein auf das Konto Wilhelms II. Seine Niederlagen und bei der ganzen Welt in Misserfolg gebracht. Er sagte auch einmal: „Ehros, wer das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stiche läßt.“ Er überließ in der Stunde höchster Gefahr den Staat sich selbst und rannte ehilos davon. Die Männer, die damals Deutschlands Geschick in die Hand nahmen, nennt man heute Novemberverbrecher.

Von den Gegnern wird oft gesagt, daß nicht alle Fürsten solche erbärmlichen Kerle gewesen seien wie Wilhelm der Letzte. Wie stand es z. B. mit Friedrich dem Großen, der so gern als Krieger von ihnen herangezogen wird? Er tat den Ausspruch, daß das Wort vom nationalen Gedanken eine Phrase sei. Er sah dem König von Frankreich, daß es Preußen nicht erlauben dürfe, daß Elsass-Lothringen Frankreich wieder genommen werde, nachdem es den Franzosen im 17. Jahrhundert vom Großen Kurfürsten zugeschanzt war. Sie sind alle nicht besser als Wilhelm, auch wenn man sie „die Großen“ genannt hat.

In der Gegenagitation der Fürstendienner ist alles auf den Dummersdorff berechnet.

Man findet wieder den Judenschatz, den man in der Geschichte immer zur Hand hatte, wenn es um die Sache der Monarchen jault stand, man schreit die Leute mit der Drohung von der folgenden Enteignung der Bauern und kleinen Leute und drückt auf die Tränendrüsen mit dem Gespenst des Hungers der Fürsten. Selbst wenn man den Fürsten alles nähme, brauchten sie sich nicht an die Ecken zu stellen und betteln. Sie haben fast ausnahmslos schon erhebliche Summen von der Republik erhalten und bekommen ständig weiter ihre Pensionen, die nicht niedrig sind.

Hindenburg, der sich so sehr über die Fürstenenteignung entrüstet hat, hat noch kein Wort der Entrüstung gefunden über den Unterschied zwischen den Beziehungen der Fürsten und denen der Kriegsbejagdeten, Witwen, Waisen und Arbeitslosen. Mit seinem Briefe hat sich Hindenburg auf eine gefährliche Bahn begangen. Er hat damit den Volksentscheid auch zu einem Kampf um den Präsidentenamt gemacht, den wir mit Freuden aufnehmen.

Die Monarchisten wollen ihre wirtschaftliche Überlegenheit bei der Abstimmung durch Terror ausnutzen. Ist es moralisch, wenn der Stärkere den Abhängigen seine Macht fühlen läßt und sie hilflos ausmacht? Trotz alledem wird der Volksentscheid gestanden. Er muß gelingen, damit die Monarchien für absehbare Zeit in Deutschland erledigt sind, damit das Ausland sieht, daß die deutsche Republik gegen allen Ansturm fest steht. Es steht nicht nur die materielle Frage der Enteignung zur Entscheidung, sondern auch die Frage Monarchie oder Republik? Nur bei der Aktivität aller Arbeitenden kann es gelingen, die Rechte des Volkes gegenüber den Fürsten zu erhalten und die große Not in Deutschland zu lindern. Darum heraus zum Kampf und zum Sieg.

Der Vortrag wurde mit totem Beifall aufgenommen. Eine Ausehrung wurde nicht gewünscht. Mit der Aufrufung an die Versammelten, bis zum Sonntag allerorts für die Enteignung zu werben und die Läden zu wecken, schloß der Vorsitzende die Versammlung. — \*

## Der Wahlkampf in Diesdorf.

Es ist kein Zweifel, die Habgier der Fürsten hat eine Erregung im Volke erzeugt, wie sie wohl selten eine Nation erlebt hat. Bis in die kleinsten Winkel geht der Sturm der Entrüstung. Er macht selbst nicht halt vor denen, die bisher aus einem falsch verstandenen Traditionsgefühl zu den Fürsten hielten. Es ist auch schwer, begreifen zu können, daß es Gerechtigkeit sein soll, den Fürsten ihre meßlohen Forderungen zu bewilligen, während das fleißige und sparsame Volk durch die Inflation als Folge des Krieges um seine ehrlichen Spargeräte gebracht werden.

Der Kampf wird für die deutsche Arbeiterschaft ein schwerer sein. Niemand darf am Sonntag zurückstehen. Das in Diesdorf, unserm jüngsten Stadtteil, diese Errungenschaft hat durchsetzung hat, bewies die große Kundgebung am Mittwoch abend. Das Reichsdebonner ist mit Klingenbeck Spield durch die Straßen und erwachte zur letzten Würde. Die Demonstration wurde ruhiger und größer, wütisches Volk, das Recht nicht zu Recht werden kann will.

Anschließend sprach die Genossin Aening im großen Saale des Dreieckhauses. In jellender Weise legte sie dar, wie groß das Unrecht ist, daß die Fürsten „ihrem Volke“ zufügen müssen. Herr von Hindenburg ist jedoch anderer Meinung. Doch ihm sei es ein Verstoß gegen Moral und Recht, wenn den Fürsten reiznommen würden, was ihnen nicht gehört. Als man den Sparern, das heißt, dem wirklich schaffenden Teile des Volkes alles nahm, hörte man diese Weise nicht. Herr von Hindenburg dachte das Unrecht gegen die Sparer mit seinem Namen. Dienst der Fürsten wohl, aber nicht Dienst des Volkes.

Eine schwere Schlacht steht bevor. Sie wird günstig für uns ausfallen, wenn in den letzten Tagen jeder seine Waffe tut. Das größte Unrecht, das dem deutschen Volke aufgezwingt werden soll, mag abgewendet werden. Mit einem Hoch auf die deutsche Republik werde die Versammlung geschlossen. Die Dresden Arbeiterschaft wird im Kampf für das Volk nicht an letzter Stelle stehen.

## Kleine Chronik.

Der Mord an dem „Blinden Johann“. Am Samstagabend Cöthen abend fingen in Untersuchungshaft bisher 17 Polen. Vier davon sind drei und vierfachen Mordes und Raubes überführt. Die anderen sind der Bestrafte und der Bequemung schuldig. Kurzlich brachen, wie mit mitternächtlichen, zwei Böden und einer von den andern Untersuchungsgefangenen aus dem Gefängnis aus. Doch gelang es, der Entfernung bald wieder habhaft zu werden. Die Flucht war nur dadurch möglich geworden, daß für den ganzen Gefangen nur ein einziger Aufseher vorhanden ist. Ersthalb wurde die ganze Weisheit nach Cöthen übergebracht. Die Untersuchung erweckte hier auch zur Behauptung des zweiten Mörders Todor Lebanski, daß er seinen Spießgefangen, den „Blinden Johann“, umgebracht habe. Lebanski hatte mit dem Polen Kampelet den Vorsteher der Kneipe und dessen Frau an dem Rittergut Langenlage ermordet weil diese von ihren Schändungen wußten. Der „Blinde Johann“ dagegen zog sich im letzten Augenblick zurück. Die beiden Mörder hörten den Flüchtigen wieder und schauten sich zum Schluß mit ihm an. Die beiden wanderten nun mit ihrem Opfer nach Süden. Von dort gingen sie 16 Kilometer weit, bis sie an der

„Mauer“ auftraten. Die „Mauer“ ist das Grenzstück auf dem Wannsee, bei der der Schüler Jänicke vor den Augen von laufenden Soldaten, in Wiesenseite des Reichsdenkmals des deutschen Kriegerkreuzes, von Winterfeldt, und der Brücke in Cöthen über die Mauer ist, das große Ereignis in der Reichshauptstadt ausgelöst und zu einem Einschreiten der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft geführt. Die „Rettungslüftung“, deren völlige Einhaltung auf der Hand lag, sollte wegen des fiktiven Weiters abgehalten werden. Sie wurde dennoch abgehalten, um den hohen Geistigen noch einmal ein flottes militärisches Schauspiel zu bieten. So wurden ein Dutzend Volkssoldaten aus Böhmen ohne Mietungsgeld und Schwimmwesten ins Wasser gelassen, ohne daß es bei dem Durcheinandertun möglich war, das Untergetauch des Schülers Jänicke zu bemerken und ihm Hilfe zu leisten. Nach dem Bruch der Vorstellung wurde noch ein großer Vorbeimarsch der Roten-Kreuz-Soldaten mit Militärmusik vor dem Kommando und Ihrer Kaiserlichen Hoheit veranstaltet, so daß das Publikum in Entrüstung und Entsegenstrafe ausbrach. —

Ein See von einer Sturzwelle aufgesogen. Eine Naturkatastrophe hat sich in der schwedischen Provinz Västergötland ereignet. Der 14 Meter hohe Damm, der am Auslauf des Malmsfusses aus dem Oertträstsee aufgeführt worden ist, um für die großen Holzflözkereien ein Staubecken zu schaffen, gab infolge des starken Wasserdrucks plötzlich nach, und ungeheure Wassermengen ergossen sich über den Malmsfuss in den Stellefjord, über 20 000 Tonnen Erdmassen und Sand mit sich führend. Innerhalb einer kurzen Stunde war der See, der nach scheinbariger Berechnung rund 8 Millionen Tonnen Wasser enthielt, vollkommen ausgegangen. Der Wasserstand des Sees sank um über 10 Meter; der gesamte See ist so gut wie trockengelegt. Es ist bereits das zweitemal, daß der See, der für die Holzflözkerei in dieser Gegend von größter Wichtigkeit ist, infolge Dammbruchs ausläuft. —

Der Graf als Mietenschwindler. Vor dem Schöffengericht Leipzig hatte sich der 56 Jahre alte Graf Karl Friedrich von Hohenthal wegen Betrugs zu verantworten. Er wurde beschuldigt, im Hotel Nordland in Berlin längere Zeit sich eingemietet und die Miete in Höhe von 800 Mark nicht bezahlt zu haben. Daselbe Betrugsmittel verübte er in Leipzig, wo er eine Bankierswohnung um 200 Mark Miete geprellt hat. Graf von Hohenthal ist Miteigentümer eines Schlosses von 20 Räumen in Meran und hat auch im letzten Jahre eine große Schäferei gemacht. Er erklärte, daß er keine flüssigen Mittel gehabt habe, um die Logis Schulden zu decken. Das Gericht billigte ihm mildende Umstände zu und verurteilte den Angeklagten zu 5 Wochen Haft.

## Hochwasser.

Die Wasserbaudirektion Dresden kündigt ein weiteres Steigen der Elbe in Dresden auf 3,20 Meter an. Die Talsperren bei Malter und Klingenberg sind bis zum Rande gefüllt. Der Nebenlauf über die Wehrstufen beträgt in Malter 44 Zentimeter, in Klingenberg 34 Zentimeter. Es besteht dadurch erhöhte Gefahr für den Unterlauf der Weißeis, da die regulierende Wirkung der Talsperren aufgehoben ist. Nach Mitteilungen der Reichsbahn-Direktion werden die Linien Pirna-Rottwein-Bautzen und Görlitz-Kotzen an dem Elbufer vom Wasser überspült. Der Verkehr ist dadurch zeitweise unterbrochen. Auch auf der Strecke Bautzen-Kleinischönau mußte der Betrieb vorübergehend eingestellt werden.

In den letzten 24 Stunden ist der Pegelstand in Stettin um 18 Zentimeter gestiegen. Nunmehr ist die Hochwassergefahr für das ganze untere Odergebiet in bedeckliche Nähe gerückt. Weite Wiesenflächen sind bereits überschwemmt. Man hofft ernste Verbürgungen wegen der Gewitter. Die Hauptwasserwelle hat Stettin noch nicht erreicht, so daß mit einem weiteren Steigen des Pegelstandes zu rechnen ist. Man hofft jedoch, daß die Regenzeit jetzt endlich vorüber ist.

Die Spree ist innerhalb zweier Wochen zum zweiten Male von einer schweren Hochwasser Katastrophe heimgesucht worden. Die Spree fließt in einer Breite von stellenweise mehreren hundert Metern mit teilweise Gewaltwasser. Die Bäume, die sonst die Ufer säumen, ragen nur noch mit den Kronen aus dem Flut. Am schwersten betroffen scheint der Ort Groß-Bornsdorf. Hier überflutete die Spree die Staatsstraße Bautzen-Stettin. Da gleichzeitig auch die nach dem Postamt führende Dorfstraße überflutet wurde, wurde der direkte Verkehr von Bautzen nach dem Oberland vollständig unterbrochen. Ganze Ortssteile stehen unter Wasser. Überall bauen die Leute Dämme vor den Haustüren, um die Flut abzuhalten. In manche Häuser kann man nur noch durch das Fenster gelangen. Die Keller sind mit Wasser angefüllt. In tiefer gelegenen Häusern steht das Wasser bis zu einem Meter hoch im Erdgeschoss.

Hochwasser überflutet das Tal der Freiberger Mulde und der Seitentäler der Striegis und Ihsa in gefährlicher Weise. In Döbeln wurde am Mittwoch früh gegen 2 Uhr die Einwohnerschaft alarmiert. Das Muldenwasser trat im Stadtgebiet und außerhalb über die Ufer. Gegen 11.15 Uhr wurde die Schiffsbrücke, am Metallbeton bestehend, oberhalb der Stadt, beim Verzug, sie in Sicherheit zu bringen, von den Bürgern anlaufsam fortgetrieben. Aus den Häusern von Bischdorf wurde die Feuerwehr gerettet werden.

Die teilweise Riederschläge der letzten Tage, die von den Wäldern nicht mehr aufgesucht werden konnten, haben auch im Klingenthaler Bezirk zu Hochwasser geführt. Schon im Laufe des Dienstags begann die Bautzen und die Brotzau zu steigen. Die Brotzau überschritt ihre Ufer und setzte schließlich das Tal unter Wasser. Besonders dort Hochwasser betroffen ist wieder die Gegend am Zusammenfluß der Baudenbäke und Broda. Hier stehen verschiedene Häuser unter Wasser, und auch einige Betriebe an der Unter Klingenthaler Straße muhten wegen des eingedrungenen Wassers schwere. — In Döbeln ist Vogel, steht die Straße an den Bahnhofsführungen beim Hotel Victoria unter Wasser, und die Brücke, die von der Bahnhofstraße zur Uferseite führt, muhten hochgezogen werden, da sie sonst in Gefahr geriet, fortgerissen zu werden. — (Schluß des redaktionellen Teiles.)





**Magdeburger Angelegenheiten.**

Magdeburg, den 17. Juni 1926.

**Steigende Flut.**

Der Mittwoch brachte in unserer Gegend zwar keinen Regen und heute morgen lachte blauer Himmel über Magdeburg, aber die Flut steigt weiter. Neue Hochwasserransage wird von der Strombauverwaltung gemeldet. Aus Wiesenüberschwemmungen sind schon Seelandschaften geworden. Die Elbe steigt weiter.

Die in diesem Jahre überaus gute Entwicklung der Grasnutzung bringt vielen Bächen und Beisern wenig Nutzen, weil große Flächen unter Wasser stehen, verfaulen und verschlammten. Vom Badebetrieb an der Elbe ist auch noch nicht viel zu sehen. Strandbäder gibt es nicht, die Uferstrecken sind überflutet. Unser Bild von den Biedericher Strandbäder zeigt, wie jetzt ein Badestrand aussieht. Sand, bunte Kleider, spielende Kinder gibt es nicht. Ein Kahn läuft sich von der Flut über den Strand tragen, auf dem sonst in Sonne, Luft und warmem Sonne die Menschen sich vergnügen.

Die Strombauverwaltung sieht sich genötigt, angesichts des neuen Ansteigens der Elbe, das vom Oberlauf gemeldet wird,

nahme einzuhüben, so würde die gesamte Senkung von  $\frac{1}{2}$  auf  $\frac{1}{4}$  Prozent den Verzicht des Reiches auf 1050 Millionen Mark Steuern bedeuten. In Wirklichkeit ist die Summe wohl höher gewesen; denn bei einem späteren Aufschwung wurden von der Regierung höhere Zahlen genannt.

Die 1050 Millionen Goldmark Steuererlaß hätten sich nun im Handel durch herabgesetzte Preise bemerkbar machen müssen; besonders bis zum 30. Juni 1925, als noch keine Zollerhöhungen und Verbrauchssteuern eingeführt waren, obgleich die Umsatzsteuer von  $\frac{1}{2}$  auf  $\frac{1}{4}$  Prozent, also um 600 Millionen Mark herabgesetzt worden war. Bei den Waren, die vom Zoll nicht betroffen worden sind, hätte durch die Senkung der Umsatzsteuer auf  $\frac{1}{4}$  Prozent eine weitere Preissenkung eintreten müssen. Dem gegenüber steht nun leider die allgemein bekannte Tatsache fest, daß von einem Preisabbau im Handel infolge der verminderten Umsatzsteuer nichts zu spüren gewesen ist. Die 1050 Millionen sind also nicht, wie es von der Regierung beabsichtigt gewesen sein mag, — es gibt Leute, die das bezweifeln — den Verbraucher, sondern dem Handel zugute gekommen, der sich sein Vorkriegsbetriebskapital so schnell wie möglich wieder beschaffen wollte.

Neben die Wirkung der Umsatzsteuer auf die Warenverteilung herrscht vielerorts noch Unklarheit; in den meisten Fällen wird angenommen, und selbst manche „Auch-Hausleute“

sagen, daß die Umsatzsteuer nichts zu spüren gewesen ist. Die 1050 Millionen sind also nicht, wie es von der Regierung beabsichtigt gewesen sein mag, — es gibt Leute, die das bezweifeln — den Verbraucher, sondern dem Handel zugute gekommen, der sich sein Vorkriegsbetriebskapital so schnell wie möglich wieder beschaffen wollte.

**Privatschulen.**

Zu dem gleichnamigen Artikel in Nr. 127 der „Volksstimme“ noch eine Ergänzung:

Die Verfasserin des damaligen Artikels geißelt in treffenden Worten die Missstände an den Privatschulen, teils hygienischer, teils unterrichtlicher Art. Sie tritt aber in ihren Zeilen grundsätzlich für die Privatschulen ein. Soweit es sich um solche Institute handelt, die seelisch oder körperlich anormale Kinder aufnehmen, dürfte dieser Grundsatz zurzeit noch Anhänger in unseren Kreisen finden, da die dringend notwendige Verstaatlichung dieser

**Biedericher Strandbäder unter Wasser.**

das Preziner Wehr zu ziehen. Am Sonnabend vormittag soll dies vorausichtlich geschehen. Sommerhochwasser von einer Gewalt, das diese Maßnahme notwendig wurde, hat die Elbe seit Jahrzehnten nicht geführt.

**Böse Heimfahrt.**

Am Mittwoch unternahm die Betriebschule am Sedanring eine Dampfsfahrt nach Langermann. Auf der Heimfahrt wurden die Passagiere plötzlich in großen Schreden versetzt durch die Reldung, am Dampfsessel ist ein Stoß geplatzt. Auf dem Dampfer waren über 700 Personen; Kinder, Eltern und Lehrer und die Besatzung. Selbstverständlich wurden sogleich die größten Befürchtungen laut: es könnte sich noch Schlimmeres ereignen. Der Dampfer ging vor Anker, das Feuer unter dem Kessel wurde gelöscht. Behaglich war bei der starker Rauchentwicklung der Außenraum auf dem Schiff nicht, doch sich der Passagiere eine Panik bewußtigte, war beispielhaft.

Ein Lehrer ließ sich in einem Motorboot nach Rogätz fahren und telephonierte nach Magdeburg an die Schiffahrtsfirma Strümling um Hilfe. Durch einen ungünstigeren Windstand verzögerten sich aber die notwendigen Dispositionen in Magdeburg, die Passagiere mussten in Angst und Schrecken 5 Stunden auf der Elbe warten. Als endlich ein Schleppdampfer ankam, gefoltert sich das Abschleppen des Hochwassers wegen noch äußerst schwierig.

Erst nach Mitternacht erreichte das Schiff Magdeburg. Die Eltern der Eltern, die ihre Kinder auf der Dampfschiff wußten und nun viele Stunden vergeblich auf die Rückkehr warteten, kann man sich denken. Den Lehrern irgendwelche Vorwürfe zu machen, wäre aber ungerecht. Sie haben alles getan, was in ihrer Macht stand, um die Kinder zu beruhigen und sie auch so schnell als möglich nach Hause zu bringen.

**Rotschrei eines Schrebergärtners.**

Binviel, nur aber Schlimm! Es ist schon richtig, als nach längerer Erwartung der erste Prüfungstermin endlich den ersehnten Regen brachte, da erinnerte die Schrebergärtner auf. Seitdem „reißt“ nicht nur, nem, es geht manchmal in Stürmen. Der beste Beweis dafür ist der hohe Stand der Elbe. Es darf aber auch nicht ganz werden. So haben wir nicht gewusst. Aber das der Siebenbücher sich mal auf die andre Seite legt? Wir haben ja die drei getrennten Dörfer auch schon vor der Zeit gehobt.

Was soll dann aus der Generation werden? Und den überkommenen Elbwiesen? Und den schönen Erdbeeren, die in diesem Jahre, abgesehen von Zwiebeln, sich noch ganz gut entwickelt haben? Soll denn alles verloren? Wenn es nun aufhören sollte, hätten wir eine Weile genug. Aber die Aussichten sind triste. Dass die Erdfälle sich „verkümmeln“ hätten, ist ein Vorurteil. Aufrichtig ist das massenhafte Auftreten der Larven. Tats ist der Falle. Man möchte die Fehler frei, dann kommen die Kinder und Eltern und ziehen die Eier für ihre junge Pflanze. Auch die Mannschaft sind nach der Bediensteten zahlreich. Die Blumen haben ihre letzte Belohnung. Eine Folge des mäuse Winters. Zusammen, geht der Naturfreund durch die Gärten, so hat er nicht nur die Gedanken der Blumen, sondern auch an dem aromatischen Luste, der den Freuden entzündet, keine Freude.

Aber — es ist nun genug mit der Beschuldigung. Hoffentlich genügt dieser Rotschrei, sonst rangeln wir an so verbreiteten und tiefen einer höheren Erfahrung an.

**Umsatzsteuer und Preisabbau-Schädigung.**

Die Umsatzsteuer betrug in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1924 2½ Prozent vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 3 Prozent, vom 1. Januar bis 30. September 1925 1½ Prozent, vom 1. Oktober 1925 bis 31. März 1926 1 Prozent und vom 1. April 1926 an beträgt sie ½ Prozent. Wann der Reichsfinanzminister gelegentlich einer Erklärung vor dem Reichstag erklärte, daß das Reich damit 200 Millionen Mark Ein-

nahme einzuhüben, so würde die gesamte Senkung von  $\frac{1}{2}$  auf  $\frac{1}{4}$  Prozent den Verzicht des Reiches auf 1050 Millionen Mark Steuern bedeuten. In Wirklichkeit ist die Summe wohl höher gewesen; denn bei einem späteren Aufschwung wurden von der Regierung höhere Zahlen genannt.

Die 1050 Millionen Goldmark Steuererlaß hätten sich nun im Handel durch herabgesetzte Preise bemerkbar machen müssen; besonders bis zum 30. Juni 1925, als noch keine Zollerhöhungen und Verbrauchssteuern eingeführt waren, obgleich die Umsatzsteuer von  $\frac{1}{2}$  auf  $\frac{1}{4}$  Prozent, also um 600 Millionen Mark herabgesetzt worden war. Bei den Waren, die vom Zoll nicht betroffen worden sind, hätte durch die Senkung der Umsatzsteuer auf  $\frac{1}{4}$  Prozent eine weitere Preissenkung eintreten müssen. Dem gegenüber steht nun leider die allgemein bekannte Tatsache fest, daß von einem Preisabbau im Handel infolge der verminderten Umsatzsteuer nichts zu spüren gewesen ist. Die 1050 Millionen sind also nicht, wie es von der Regierung beabsichtigt gewesen sein mag, — es gibt Leute, die das bezweifeln — den Verbraucher, sondern dem Handel zugute gekommen, der sich sein Vorkriegsbetriebskapital so schnell wie möglich wieder beschaffen wollte.

Neben die Wirkung der Umsatzsteuer auf die Warenverteilung herrscht vielerorts noch Unklarheit; in den meisten Fällen wird angenommen, und selbst manche „Auch-Hausleute“

sind der Meinung gewesen, daß die Steigerung so viel mal den Prozentsatz der Umsatzsteuer ausmache, als die Ware umgesetzt werde. Also bei sechsmaligem Umtaus und 2½ Prozent Umsatzsteuer verteuren sich das Wertvolumen, abgesehen vom Gewinn, um  $6 \cdot 2\frac{1}{2}$  Prozent = 15 Prozent des Grundpreises. Das ist natürlich ein großer Irrtum, weil ja die Umsatzsteuer jedesmal auch von der Gewinnzurücknahme und der bereits erhobenen Umsatzsteuer wieder berechnet werden muss. In welchem Maße die Umsatzsteuer preisverteuernd wirkt, mögen die folgenden Ausführungen andeuten. Sie gehen von 100 Mark als Grundpreis der Ware aus und rechnen mit einem sechsmaligen Umtaus, womit nicht gesagt sein soll, daß es die Regel darstellt; aber es kommt häufig vor. Aus den 100 Mark Grundpreis werden bei 10 Prozent Gewinn und 2½ Prozent Umsatzsteuer 186,73 Mark Bruttopreis im Verkauf; davon stehen 100 Mark Grundpreis, 66,08 Mark Gewinn und 80,65 Mark Umsatzsteuer. Bei 20 Prozent Gewinn steigt die Ware von 100 Mark auf 286,51 Mark, in denen 26,73 Mark Umsatzsteuer stehen. Bei 33½ Prozent Gewinn laufen die Ziffern 486,61 Mark Bruttopreis mit 37,61 Mark Umsatzsteuer, bei 50 Prozent Gewinn 590,64 Mark Bruttopreis mit 36,79 Mark Umsatzsteuer.

Als die Umsatzsteuer auf 2 Prozent fiel, sank der Steuerbetrag bei 10 Prozent Gewinn auf 16,81 Mark, bei 20 Prozent Gewinn auf 21,10 Mark. Bei einer Senkung auf 1½ Prozent, wie sie vor der Zollsteuerbefreiung bestand, ermöglichte sich die Beiträge auf 12,03 Mark bzw. 15,57 Mark. Eine Ware, deren Grundpreis 100 Mark betrug, hätte zu dieser Zeit, also nach vorliegenden Voraussetzungen, um 10,62 Mark bzw. 11,16 Mark billiger verkauft werden können. Vorsichtige Ausmusterung ermöglicht eine Überprüfung, wie sich die Umsatzsteuer in ihren einzelnen Verdrängungen ausgewirkt hat und noch auswirkt.

Als die Umsatzsteuer auf 2 Prozent fiel, sank der Steuer-

betrag bei 10 Prozent Gewinn auf 16,81 Mark, bei 20 Prozent Gewinn auf 21,10 Mark. Bei einer Senkung auf 1½ Prozent, wie sie vor der Zollsteuerbefreiung bestand, ermöglichte sich die Beiträge auf 12,03 Mark bzw. 15,57 Mark. Eine Ware, deren Grundpreis 100 Mark betrug, hätte zu dieser Zeit, also nach vorliegenden Voraussetzungen, um 10,62 Mark bzw. 11,16 Mark billiger verkauft werden können. Vorsichtige Ausmusterung ermöglicht eine Überprüfung, wie sich die Umsatzsteuer in ihren einzelnen Verdrängungen ausgewirkt hat und noch auswirkt.

Eltern jeden Alters erleben wir unzählige Fälle, daß besorgte Eltern aus reinem Standesdünkel ihre Kinder von dem Besuch der Volksschule fernhalten. Es sei nur an den vorjährigen Skandal in einer rheinischen Großstadt erinnert, in der verschiedene Arzts zu rausenden Kindern das Auge ausschlugen, daß sie fürkörperlich so schwach wären, daß sie an dem öffentlichen Unterricht nicht teilnehmen könnten, trotzdem die Geldbund des Vaters zu richten hat.

Überall jeden Jahres erleben wir unzählige Fälle, daß besorgte Eltern aus reinem Standesdünkel ihre Kinder von dem Besuch der Volksschule fernhalten. Es sei nur an den vorjährigen Skandal in einer rheinischen Großstadt erinnert, in der verschiedene Arzts zu rausenden Kindern das Auge ausschlugen, daß sie fürkörperlich so schwach wären, daß sie an dem öffentlichen Unterricht nicht teilnehmen könnten, trotzdem die Geldbund des Vaters zu richten hat.

Wo an einem Orte sich eine private höhere Lehranstalt gebildet hat, weil keine staatliche vorhanden war, sollte dieselbe verstaatlicht werden, wenn wirklich das Bedürfnis nach einer solchen vorliegt.

Ein Volksstaat hat für die gediegene Ausbildung aller Kinder zu sorgen. Aus dem Grunde muß er der Erziehung der Volksschule seine ganze Aufmerksamkeit widmen. Aber niemals kann er neben seinen Schulen noch Privatanstalten dulden, die häufig eine staatsbürgertliche Erziehung im Interesse einer bestimmten Klasse vertragen oder deren Erziehung im Interesse der Nachwuchspolitik betreiben wird. Das ist der Sinn des Weimarer Schulkompromisses und liegt im Interesse der Arbeiterschaft mit ihrem Streben nach der Einheitschule.

**Der Magistrat beschließt . . .**

Die Abdeckereigehäuse werden in Zukunft der Brühe des Abdeckereibetriebs August Röhring in Elster übertragen, die den Abdeckereibetrieb unter Jubiläumsanlass eines jahrelang dauernden Betriebsleiters weiterzuführen gedenkt.

Der Magistrat bewilligte für die von dem Verband wissenschaftlicher Vereine zu veranstaltende Hochschulwoche im Herbst 1926 eine Beihilfe aus seinem Dispositionsfonds von 500 Mark. Aus den Beihilfen für Reisen und Auswandern für 1926 werden 500 Mark für Gangzugsreisen abgezogen und zur besonderten Verfügung der Schulverwaltung gegeben, und zwar 100 Mark vom Volks- und 500 Mark vom Mittelschulrat.

Der Magistrat genehmigte für die Fortsetzung der Rotationsarbeiten im Stadtteil Wilhelminia (Anlage von Grünflächen) einen Auftrag von 280 Mark unter Überschreitung des im Haushaltplan der Garten- und Friedhofsverwaltung 1926 unter Art. 9 Nr. 13 zur Durchführung von Rotationsarbeiten bewilligten Betrags, und genehmigte die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 420 Mark jährlich 10 Prozent als jährliche Tilgungsrate.

**Republikanische Kundgebung in Gräfen und Peitzer.** Die republikanische Verbesserung der Stadtteile Gräfen und Peitzer wird hierdurch gefordert. Ich am 18. Juni, sowie 11. Ilt. am Eingang von Gräfen, Potsdamer Straße, zwecks gemeinschaftlicher Demonstration durch beide Stadtteile einzufinden. Nicht soll das Reichsbanner. Anschließend große öffentliche Versammlung in Peitzer.

„Der 20. Juni“ Der heutigen August der „Gedenktag“ kommt wiederum „Der 20. Juni“ bei. Wir bitten um Peitzer, auch diese Beilage an uns gerichtende weiterzugeben. Die ehemaligen Kriegsteilnehmer bitten wir, diesem „20. Juni“ an Samstagen von eins zu zehn, insbesondere in folgende, die auf dem Lande Siedlungen zu wohnen.

**Das Abendessen der Deutschen Radfahrer-Union findet heute, Dienstag, abends 18½ Uhr, auf der Radrennbahn der Berliner Olympia statt. Auch die Berlinerischen Grünflächen, Michaelis und Peitzer werden an berücksichtigten Kreisen teilnehmen.**





# Billige Angebote zum Wochenschluß!

## Berufskleidung

Damen-Kochhauben zum Blüten	1.10
Arbeitsschürzen blau, 80x100 prima	1.75
Monteur-Jacken od.-Hosen Blauung prima Röper	3.50
Monteur-Jacken od.-Hosen oder Dreil. ebd. hydroblau, lins., licht u. hochgl.	4.95
Arbeitsjacken grau Dreil.	3.75
Arbeitsbosen grau Dreil.	3.50
Berufsmäntel weiß Röper, la Verarbeitung	9.75
Fleischerjacken la Satin	9.25
Maurersocken prima Röper	Paar 1.35

## Oberhemden

Perkal-Oberhemden	3.25
Perkal-Oberhemden mit 2 Drägen und gefärbt. Braut 7.50	6.95
Zeph-Oberhemden mit 2 Drägen, einfarbig	7.50
Zeph-Sporthemden mit 1 Dragen, 2 farbig	5.75
Zeph-Sporthemden mit 1 Dragen, 2 farbig	8.50
Trikotline-Sporthemden mit 1 oder 2 Drägen	13.50

## Tägliche Bedarfartikel

Eisbein-Seife zum Gießen	25,-
Lazolin-Seife	58,-
Hopfenkraut weiß Schale	1.85
Groß-Haft-Schale	10,-
Schweinefutter	48,-
Wurstfutter	28,-
1 Eimergiebel 1 Eimergiebel weiß	55,-
Fräschkraut	55,-
Wurstsalz	15,-
Unter-Salz	25,-
Fräschkraut 1 Eimergiebel weiß	55,-

## Gardinen

Stoffgardine weiß gehämmert	99,-
Kastengardine gewebt, grün	4.50
Salon-Familien	4.75
Kastengardine weiß, gehämmert	7.50
Decke-Bettdecke mit brauner Kante	1.55
Decke-Bettdecke mit brauner Kante	2.25
Decke-Bettdecke mit brauner Kante	2.50
Decke-Bettdecke mit brauner Kante	3.50

## Waschstoffe - Webwaren

Waschmusselin-Muster für jeden Geschmack Meter 85 70 55 42,-
Sportzephil gestreift und glatt Meter 75 55,-
Perkal und Zephil 80 cm breit für Blumen und Oberhemden Meter 95 78 58,-
Krepp, einfarbig in allen seinen Farben Meter 80 60,-
Krepp-Schotten Streifen und bunte Druckmuster Meter 1.85 1.25 85,-
Frotté Karos und Streifen Meter 2.85 1.85 95,-
Wollmusselin reichhaltige, entzückende Muster Meter 1.85 1.75 1.25
Moderne Vollvoller große Blumen, Lupinen und Streifen Meter 2.95 1.95 1.65
Kleiderdruck viele Muster Meter 85 68,-
Trikotstoff für Badewäsche, hämische Farben Meter 2.25
Gingham für Hausskleider Meter 1.35
Schrägensatin und Kreppone Meter 1.40 95,-
Wanderleinen viele Farben Meter 1.75 1.25
Karierte Gardeleden beige Meter 2.25 1.85 75,-
Buntgewebte Tischdecken 2.75 2.50 1.85

Deckenstoffe	1.25
--------------	------

für Garten und Balkon, Meter 1.95 1.75

## Damenputz

Garnierter Kinderhut	95,-
Garnierter jugendlicher Hut	1.75
Garnierter Frauenhut	2.95
Garnierter weißer Hut mit Band und Goldspitze	3.75
Frauenhut mit Band- und Nadelgarneur	3.95
Jugendl. weißer Hut mit seichten Reihern und Bandgarneur	4.95
Garnierter Damenhu. mit Band und Blumen	5.95
Garnierter Damenhu. aus modernem Phantasieschö.	6.75

Echter Reiher Stiel	45,-
---------------------	------

Ansteckblume in reizend. Ausführung 55,-

## Auf Extratisch

Extra billige Perlmutternöpfe in verschiedenen Größen, fehlerfreie Ware, auf Karton	24,-
gehört, jede Karte zum Ausführen 48,-	
Herren-Sockenhalter prima Kunstseide, mit Gummi, in vielen Farben, 3. Ausführungen Paar 65,-	

## Schuhwaren

Herren-Stiefel schwarz Rindbog.	7.90
Herren-Halbschuhe schwarz Rind-Chevreau	9.50
Herren-Halbschuhe braun Rindbog.	10.50
Damen-Spangenschuhe schwarz Rind-Chevreau	7.90
Damen-Spangenschuhe braun Rindbog.	6.90
Damen-Spangenschuhe braun Vogelfall	14.50
Leder-Hüdertreter für Damen	4.25
Leder-Hüdertreter für Herren	5.25
Leichte Sommerhausschuhe für Damen	1.85 1.65
Leichte Sommerhausschuhe für Herren	31 bis 35 1.65
Merz' Triumph-Schleppen	1.00

## Wirtschaftswaren

Einkokapparat komplett, mit Einstieg, Geben u. Thermometer	5.50
Hauptheißkochapparat mit Dampfhande	7.50
Espresso	15.50 10.50 9.50 6.00
Espresso	20.50 15.50 13.50 7.20
Fliegengeschränke	17.50 13.50 9.50

## Sicherheitsfößer

vom Gewerbeaufsichtsrat empfohlen.  
Sicherheitsfößer für alle Größen aller Art  
Zugsicherheit für Sicherung  
Gute Qualität, Preiswerte 2.

# GEBR. BARASCH

# KOSMOS

# Klo-Clo

Die feine  Cigarette  
für den verwöhnten Säufer.

## Geschäftseröffnung

Richtfest Peter-Paul-Str. 3  
am ehesten der nach unten aufgestiegene Teil des Hauses ist der einzige Teil, der eine gewisse Größe und Ausmaße hat und die anderen Teile sind sehr klein und unbedeutend, so dass es nicht möglich ist, einen guten Überblick zu erhalten.

Peter Ulrich, Fleischermeister.

## Leopold

an der Peter-Paul-Str. 3  
geöffnet.  
Hierzu kommt  
noch ein kleiner Raum  
mit einer kleinen Treppe.

## Zum 1. Schloß-Schiff

Wieder eröffnet  
Peter-Paul-Str. 20  
der 1. Schloß-Schiff  
ist wieder eröffnet  
und hier kann man  
die ganze Zeit über  
genießen.

## Kredit-

Bank

## Der Klassenkampf eine Marx'sche Erfindung?

II. (Schluß.)

Bu einem Abschluß seiner Klassenkampfttheorie gelangt Marx jedoch erst, nachdem er nach London übergesiedelt war und das englische Wirtschaftsleben mit seinen politischen Folgeerscheinungen kennengelernt hatte. Marx unterscheidet danach in der heutigen Gesellschaft drei Hauptklassen, die er in folgender Weise charakterisiert:

Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital und die Grundbesitzer, deren respective Einkommensquelle Arbeitslohn, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundbesitzer bilden die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft.

Jede dieser drei Hauptklassen umfaßt aber wieder kleinere Unterklassen, und ferner gibt es zwischen allen diesen Klassen gewisse Übergangsstufen. Als eine einheitliche Klasse mit gleichen Arbeits- und im wesentlichen gleichen Lebensbedingungen betrachtet Marx nur die Arbeiterklasse. Wahr findest er, daß die Wirtschaftslage und die Lohnverhältnisse der Landarbeiter in fast allen kapitalistischen Ländern schlechter, ihre Ausnutzung und ihre Abhängigkeit von den Grundbesitzern größer ist, als die der industriell beschäftigten Arbeiter, doch veranlaßt ihn das nicht, die Landarbeiter von den Industriearbeitern zu trennen und beide Gruppen als besondere Klassen zu betrachten.

Die Berufe der Aerzte, Advocten, Künstler, Schülermänner und so weiter gelten bei Marx nicht als besondere Klassen. Sie bilden zusammen die Klasse der Intellektuellen, die von Marx als eine Art Zwischenklasse angesehen und, soweit es sich nicht um völlig proletarisierte Existenz handelt, der Bourgeoisie zugeordnet wird. Dagegen über im Wirtschaftsgeschäft der irgendwelche Waren zum Verkauf produzierende Industrielle, der diese Waren vertreibende Händler und der von Geld- und Börsengeschäften lebende Bankier, wenn sie auch sämtlich Kapitalisten sind, verschiedenartige wirtschaftliche Funktionen aus, haben ihre besonderen Arbeitsgebiete und bilden besondere wirtschaftlich-soziale Gruppen im Wirtschaftsganzen. Marx betrachtet sie deshalb als kapitalistische Unterklassen.

Die Klasse ist demnach ein Erzeugnis des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, — eine aus einer bestimmten Wirtschaftsform heraus entstandene, auf bestimmten wirtschaftlichen Beziehungen beruhende Gesellschaftsschicht mit besonderen gleichartigen Wirtschaftsfunktionen und -interessen. Die Größe des Besitzes des Vermögens ist nach den Ansichten von Marx (in seinen ersten Schriften mögl. er freilich dem Reichtumsunterschied größere Bedeutung bei) für die Klassengruppierung neben wichtig. Der Schuhfabrikant, der zwanzig oder dreißig Arbeiter beschäftigt, zählt ebenso zur Klasse der industriellen Unternehmer wie der Schuhindustrie, der mehrere Hochöfen, Stahlwerke und Walzwerke besitzt und dreitausend oder gar dreißigtausend Arbeiter hat. Und ferner gehört der wohlhabende Vorarbeiter, der ein eigenes Haus mit Garten besitzt und vielleicht ein größeres Einkommen bezieht, als mancher Kleinfabrikant, dennoch zur Arbeiterkasse; denn auch er ist ein Lohnarbeiter. Die Gesellschaftsklassen sind keine bloßen Vermögensklassen, und demnach begründet auch der Vermögensunterschied keine Klassentrennung.

Daraus, daß die Klasse ein Erzeugnis der Wirtschaftsentwicklung ist, ergibt sich ferner, daß sie nach Marx'licher Auffassung nichts Konstantes, sondern stetig Gleichbleibendes sein kann. Zugleich mit der Wirtschaftsweise kommt sich auch der Klassencharakter. Es allmählich entfaltet im Kampf um ihre Interessen die Klasse ihrer spezifischen Eigenheiten. Durchweg ist jede Klasse zunächst nur ein lockeres Gebilde, dessen Mitglieder zwar momentan noch das instinktive Gefühl einer gewissen Zusammengehörigkeit haben, denen aber noch die Erkenntnis ihrer besondern Wirtschaftslage (Klassenlage), ihrer Verbundenheit durch gemeinsame Interessen und ihres Gegenseitigens gegen die übrigen Klassen abgeht, die also noch kein eigentliches Klassenbewußtsein haben. Im Fortgang der weiteren Entwicklung erkennt jedoch jede Klasse die Besonderheit ihrer Stellung im Wirtschaftsgeschäft und nutzt nun ihre besondern Interessen gegen die andern Gesellschaftsklassen durchzusetzen. So entsteht der Klassenkampf.

Marx schildert in seinem Buche „Das Elend der Philosophie“ die Klassenwidmung der Arbeiterklassen eingehend. Dort (4. Auflage, S. 161/162) fest er treffend auseinander, wie die Arbeiter sich allmählich organisieren, um zunächst die Aufrechterhaltung ihres Lohnes zu sichern. Die Kapitalisten vereinigen sich nur ihrerseits, um Repressionen gegen die sozialisierten Arbeiter anzutreten. Von da ab täuschen die Arbeiter nicht mehr allein um die Aufrechterhaltung ihres Lohnes, sondern um die Aufrechterhaltung ihrer Assoziationen. „In diesem Kampfe — ein veritable Bürgerkrieg — vereinigen sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal aus diesem Punkte angelangt, nimmt die Klaße einen politischen Charakter an.“

Einmal weiß dann auch darum hin, wie irrig die Aussicht mancher sozialistischer Blätter ist, wenn sie ein Zurückstreifen auf die „altherühmte Kampftaktik“ einer früheren Zeit schlichtlich verdammen. Gerade mit Marx steht dieses Verlangen im Widerstreit, denn nach Marx'licher Auffassung kann sich mit den Produktionsverhältnissen auch zugleich die Bedeutung an den Kampfführungen und die diesen angepaßten Kampfarten.

Gefährdet werden kann der Klassenkampf sowohl mit rein wirtschaftlichen wie mit politischen Mitteln; doch reichen, sobald eine erkennbare Klasse ihre Klasseninteressen energetisch zur Geltung bringen sucht, die rein wirtschaftlichen Kampfmittel nicht mehr aus; denn nach Marx ist der heutige Staat die „politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft“, und es muß daher die Klasse, wenn sie auf die Staatsförderung einzwingen will, sich selbst eine politische Organisation schaffen, eine soziale Partei. Dadurch, daß eine Klasse im Staate als politische Partei auftritt, wird sie jedoch keineswegs mit dieser wesenständig. Die Klasse ist ein aus der Wirtschaftsverbindung hervorgegangenes wirtschaftlich-politisches Gebilde, die Partei eine politische Ideologische Organisation. Die innerhalb einer Staatsgemeinschaft nie eine Klasse allein umfasst, sondern fast stets auch Fraktionen verschiedenster anderer Klassen.

Diese durchaus richtige Aussicht aus der außerordentlich verdienstvollen Arbeit des Genossen Gunow dürften ihnen beweisen, daß er der marxistischen Literatur eine wesentliche und

vor allem sehr wertvolle Bereicherung gegeben hat. „Noch vor wenigen Jahrzehnten“, so schreibt Gunow seine Abhandlung „schnell zurückgewiesen, hat die Marx'sche Klassenkampfttheorie sich schließlich in der modernen Gesellschaftslehre Bahn gebrochen — ein Erfolg, den sie meines Erachtens nicht nur ihrer inneren logischen Geschlossenheit, sondern noch mehr der Tatsache verdankt, daß in allen kapitalistischen Staaten heute der Klassenkampf die größte Rolle spielt.“

Keine bloße Theorie oder Hypothese mehr, sondern eine einfache Tatsache, läßt er sich nicht mehr, wie einst, in Abrede stellen, oder gar als halbtote Marx'sche Erfindung abfertigen.“ —

Hat inzwischen, den er auf seinen Wandlungen in Braunschweig kennengelernt hatte, indem er über die Pläne gestiegen war, in das Gehöft eingedrungen zu sein. Sie wollten beide aber nur die Absicht verfolgt haben, sich etwas Obazere zuholen. Er sei dann von dem Besitzer ergriffen und von diesem ganz gehörig verprügelt worden, so daß er sogar auf lange Zeit das Bewußtsein verloren habe. Um sich aus den Händen des andern zu befreien, habe er ihm mehrmals in den Daumen gebissen.

Anschließend hatten es die Einbrecher auf Geflügel abgesehen, und nur durch die noch rechtzeitige Entdeckung sind sie von einem größeren Diebstahl abgehalten worden. Zwischen dem erwischten Huhn und dem Besitzer ist es dann zweifellos zu einem sehr heftigen Kampf gekommen. Der Hahn will geglaubt haben, als man ihn mittels der Stricke gefoltert, daß man ihn zu erhängen beabsichtigte. Die Beweislage wurde durch das Zeugnis des Besitzers, der Chefrau und des Sohnes gehörig bestätigt.

Nach dem Gutachten des praktischen Rates Dr. Vollmer, der die durch den Schuß herbeigeführte Verletzung behandelte, handelt es sich um eine leichte etwa 3 Centimeter lange Streifwunde am linken Scheitelbein. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwaltshafifrat Biele eine 8jährige Zuchthausstrafe und 10jährigen Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl, sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust. Auf die erkannte Strafe wurden 3 Monate der erlittenen Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht. —

## Eine Familienfreundschaft und ihre Folgen.

Der Bureauagehilfe Paul Bellings, geboren 1878, zog mit seiner Chefrau im Jahre 1916 in das Haus Coquistraße 5, einige Jahre darauf in das danebenliegende Haus Nr. 6. Hier entwöhnte sich zwischen ihnen und der im gleichen Hause wohnenden Familie Schönfänge bald ein freundlicher Verkehr. Einer ging in die Wohnung des andern, die Männer spielten fleißig Skat, wobei es allerdings häufig zu Streitigkeiten gekommen sein soll, die Frauen vergnügten sich während dieser Zeit in Kinos. Die Freundschaft ging aber in die Brüche, als Frau B. die Frau des andern beschuldigte haben sollte, mit ihrem Manne auf allzu vertraulichem Fuße zu stehen, sich mit ihm zu duzen, ferner in nördligster Kleidung mehrfach ihre Wohnung betreten zu haben.

Ihr wollte auch aufgefallen sein, daß ihr Gemann sie häufig wegfiehlt. Verdächtig schöpfend, habe sie sich auch eines Tages unter dem Bett versteckt, dabei beobachtet, wie Frau Schönfänge wieder ins Zimmer trat, mit ihrem Manne schön tat und ihn auch küßte. Über ihre angeblichen Beobachtungen äußerte sie sich verächtlichen Nachbars gegenüber. Zwischen den Eheleuten Schönfänge kam es dann zu recht unsäglichen häuslichen Szenen, die das eheliche Zusammenleben mit der Zeit unerträglich machten. Bekleidungsställen folgten, die aber schon im Zuschlagszeitpunkt dem Schiedsmann infolge Zurücknahme beledigender Verhüllungen ausgleichen würden.

Der Schiedsmann Schönfänge strengte dann gegen seine Frau die Scheidungsklage an, über die aber rechtskräftig noch nicht entschieden ist, weil sich infolge eingelegter Berufung noch das Oberlandesgericht damit beschäftigen wird. Auch die Chefrau hatte Gegenklage erhoben.

In dem Prozeß wurden nun die Eheleute Bellings, der Schiedsmann über seine Beziehungen zur Frau Sch., die Chefrau über ihre gemachten Widerscheinungen, zeugeneidlich vernommen. Der Schiedsmann bestritt, sich mit der Frau Sch. jemals gebaut zu haben, auch habe diese seine Wohnung niemals in mangelsäßer Beleidigung betreten. Er wollte sie auch nie geküßt oder in ehemalige Beziehungen zu ihr getreten sein. Dessen Chefrau wieder wollte von solchen Beziehungen nie etwas bemerkt haben. Sie wurde sogar zweimal vernommen und wiederholte ihre Aussage unter dem Eide.

Diese zeugeneidlichen Aussagen beider sollen nun nach der Anklage inoffiziell falsoh abgegeben sein. Bellings bleibt auch vor dem Schiedsgericht dabei, daß er bei seiner Vernehmung die volle Wahrheit gesagt habe, daß er jedenfalls nie in Beziehungen zu Frau Sch. getreten sei. Frau Bellings will in der Tat, nachdem sie ihr Mann geschlagen hatte, über ihre damalige Geschichte, die aber nicht den Tatsachen entsprechen, im Prozeß aufzulegen haben.

Ein großer Zeugenkomplex ist zur vollen Klärung der Sache aufgeboten. Verschiedene Zeugen wollen gehört haben, daß Paul Bellings mit der Frau Sch. duschte, auch geküßt habe, daß sie in nordwärtiger Kleidung aus seiner Wohnung kam. Indezogen die ihren von Frau Bellings gemachten Zeugnisse wieder. Frau Schönfänge bestreitet das alles. Ihre Aussage wird eingehend und wörtlich zu Protokoll genommen. Sie wird vom Vorsitzenden erstaunlich ernsthaft, ihre Aussage vor der Eidesleistung noch einmal auf ihre Richtigkeit eingehend nachzuprüfen. Sie bleibt bei ihren Angaben und leistet den Zeugenstand.

Nach Schluß der Beweisaufnahme ergreift Erster Staatsanwalt Schütte das Wort. Er erachtet die Angeklagten des wissenschaftlichen Meineides für überführt und beantragt gegen den Schiedsmann Bellings 1 Jahr Gefängnis, gegen dessen Chefrau wegen schwerer Handlungen 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrentreiberlust und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständige endlich vernommen zu werden.

Der Offizialverteidiger, Rechtsanwalt Dr. Robert, hält: die Schuld beider für nicht erwiesen und tritt in erster Linie für Entlastung ein. Sollte das Gericht aber doch zu einer Verurteilung kommen, so sei die geistliche Mindestrafe am Platze. Nach 1½-jähriger Verarbeitung verkündete der Vorsitzende Rudolph, folgendes Urteil: Der Schiedsmann Bellings wird wegen wissenschaftlichen Meineides in einem Jahre zu 1 Jahr, die Chefrau Bellings wegen Meineides in zwei Jahren zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat sich von der Schuld beider Angeklagten überzeugen können, daß der Schiedsmann zugestand, bei der Chefrau besondere Milde walten lassen, weil sie ganz unter dem Einfluß des Mannes gehandelt habe. Sie wurde auch eine Bewährungsfrist auf die Dauer von 3 Jahren bewilligt. Damit schloß die jüngste diesjährige Schiedsgerichtsperiode. —

## Aus den Gerichtssälen.

## Auf Leben und Tod.

In der Nähe unsers Nachbardorfes Groß-Ottersleben liegt ein einfaches Gebäude, in dem Garnierei betrieben wird. Die Chefrau des Garniereibesitzers Warnecke bezeichnete in der Rast zum 27. Februar d. J., als sie bereits Vorbereitungen zum Besuch des Wechselfmarktes in Magdeburg getroffen hatte, wie zwei verächtige Gestalten sich in der Nähe ihres Wohnhauses herumdrückten, offenbar in der Absicht, einen Diebstahl auszuführen. Sie weckte ihren Mann, der sofort aus dem Bett sprang und, nachdrückig bekleidet, aus dem Haus eilte, um die verächtigen Gestalten in flagranti zu erappen. Einer von ihnen entfloh, der andre in der Person des polnischen Staatsangehörigen Peter Sosnowski aus Berlin, geboren 1897, wurde sofort von ihm beim Rennen erfaßt und über seinen männlichen Besuch zur Rede gestellt. Dieser suchte sich loszumachen und rief: „Knick, wenn Dir Dein Leben liebt, lass mich los!“

Als aber der andre immer fröhlicher zupackte, zog der Einbrecher plötzlich einen Revolver aus der Tasche, setzte diesen an den Kopf seines Gegners. Dieser fühlte den kalten Tod des Feinds und duckte sich. In demselben Augenblick ging ein Schuß los, der seine Kopfhaut traf und aufspritzte. Der Einbrecher verzweigte sogleich nach einem Fußschießen, jedoch war die Feder in dem Trommelfeuerwaffel gestoppt, so daß ein weiterer Schuß nicht mehr losging. Inzwischen war der Sohn des Garnierers seinem Vater zu Hilfe gerufen. Der Einbrecher wurde überwältigt, gehörig verprügelt und dann getötet. Der auf Anruf erschienene Polizeischreiber Schönebeck nahm den Einbrecher in Empfang und brachte ihn hinter Schloss und Riegel. Dieser sollte sich nun unter der schweren Anklage des schweren Dorfchors, außerdem der Grenzüberschreitung — er hatte ohne Vor das vorläufige Grenzgebiet überschritten —, jerner wegen verächtlichen Diebstahls und unbefugten Waffenbesitzes vor dem Schiedsgericht verantworten.

Er hat im Weltkrieg auf Seiten der Russen gegen Deutschland gekämpft, in dem in deutsche Gefangenschaft geraten und im Jahre 1918 entlassen. Der deutsche Sprache ist er einigermaßen mächtig. Da er sich aber doch nicht immer klar ausdrücken vermochte, wurde zur Verhandlung ein Dolmetscher hinzugezogen. Der Angeklagte gibt zu, mit einem gewissen Feinde

hat inzwischen, den er auf seinen Wandlungen in Braunschweig kennengelernt hatte, indem er über die Pläne gestiegen war, in das Gehöft eingedrungen zu sein. Sie wollten beide aber nur die Absicht verfolgt haben, sich etwas Obazere zuholen. Er sei dann von dem Besitzer ergriffen und von diesem ganz gehörig verprügelt worden, so daß er sogar auf lange Zeit das Bewußtsein verloren habe. Um sich aus den Händen des andern zu befreien, habe er ihm mehrmals in den Daumen gebissen.

Anschließend hatten es die Einbrecher auf Geflügel abgesehen, und nur durch die noch rechtzeitige Entdeckung sind sie von einem größeren Diebstahl abgehalten worden. Zwischen dem erwischten Huhn und dem Besitzer ist es dann zweifellos zu einem sehr heftigen Kampf gekommen. Der Hahn will geglaubt haben, als man ihn mittels der Stricke gefoltert, daß man ihn zu erhängen beabsichtigte. Die Beweislage wurde durch das Zeugnis des Besitzers, der Chefrau und des Sohnes bestätigt.

Nach dem Gutachten des praktischen Rates Dr. Vollmer, der die durch den Schuß herbeigeführte Verletzung behandelte, handelt es sich um eine leichte etwa 3 Centimeter lange Streifwunde am linken Scheitelbein. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwaltshafifrat Biele eine 8jährige Zuchthausstrafe und 10jährigen Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl, sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,

sondern nur versuchten Mordversuch für erwiesen, bat im übrigen um Verhängung einer milden Strafe. Das Gericht hielt den Angeklagten der sämtlichen vier Punkte der Anklage für überführt und erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrentreiberlust.

Der Verteidiger hielt nicht vertreten schweren Diebstahl,











Kameraden waren geschlossen erschienen. Mit Spannung lauschten die Versammelten den interessanten Ausführungen. Keinen Blen- schaft dafür sorgen, daß der Volksentscheid zum Siege kommt. —

Blößt. Die öffentliche Versammlung, in der die Genossen Vollmann über den Reichstagswahl sprach, war gut besucht. Hier herrschte der Wille zum Siege. Der Vorsitzende forderte zum Schluß zur notwendigen Kämpferarbeit auf. Dann muß der Sieg über die Monarchisten unser sein. —

Preisen. In einer öffentlichen Volksversammlung, in der sprach am Mittwoch abend Genosse Karbaum (Magdeburg) gegen die unverschämten Fürstenforderungen. Leider fehlten die Gegner des Volksentscheids auch in dieser Versammlung. Mit der Meldung, am kommenden Sonntag die Pflicht gegenüber dem Volke zu erfüllen, schloß der Vorsitzende Georg Schulz die Versammlung. —

Rantes. Genosse Böttcher (Burg) hielt in einer öffentlichen Wahlversammlung einen gut durchdachten Vortrag für den Volksentscheid. Die Reichsbannerkameraden waren alle erschienen. Es gilt am 20. Juni den letzten Mann zur Urne zu bringen. —

### Stadtteil Burg.

Arbeiter-Bildungsaußschuß. Am Mittwoch den 23. Juni veranstaltet der Arbeiter-Bildungsaußschuß im Garten des Schützenhauses ein Gartenkonzert unter Mitwirkung des Volkschors und der Vereinigten Turnerschaft. Da der Eintritt sehr niedrig (30 Pf.) bemessen ist, wird erwartet, daß unsre Funktionäre die erhaltenen Programme restlos verbreiten und für einen guten Besuch Sorge tragen. Nach dem schweren Kampf zum Volksentscheid soll dieser Abend einige Stunden der Erholung bringen. —

Stimmzettel werden laut Bekanntmachung des Magistrats nur bis Freitag mittag 1 Uhr ausgefertigt. Anträge sind im Einwohnermeldeamt zu stellen. Wir machen alle, die am Sonntag nicht in Burg weilen, darauf aufmerksam, sich rechtzeitig mit einem Stimmzettel zu versehen. —

Letzter Appell! Der Tag naht, an dem das deutsche Volk beweisen soll, daß es die unglaublich frechen Forderungen der Fürsten ablehnt. Der 20. Juni ist der Entscheidungstag. Gegen eine Flut von unwahren Behauptungen und Beschuldigungen muß unsre Partei ankämpfen. Auch in Burg sitzen Leute, die die unglaublichesten Lügen verbreiten. Dagegen muß Front gemacht werden, die Gegner sollen die überwältigende Mehrheit der Republikaner sehen. Zu diesem Zweck rufen Reichsbanner, Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei zu einer Kundgebung am Sonnabend abend auf. Alle Republikaner müssen daran teilnehmen. Zum Umzug versammelt sich alles um 7 Uhr abends auf dem Schützenplatz. Auf dem Paradeplatz werden verschiedene Redner die Wahrheit über die unverschämten Fürstenforderungen verbreiten. Republikaner, Beamte, Angestellte und Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende, Soziotrentner, Kriegsoffizier, Später und Rentner, heraus zum Protest! Zeigt euren Willen und eure Macht! —

Große Funktionärführung heute (Donnerstag) im Gewerkschaftshaus. Alle Bezirksleiter, Listenführer, Funktionäre und Wahlhelfer haben die Pflicht zu erscheinen. Beginn der Sitzung um 8 Uhr. —

Jeder Wahlberechtigte muß am Sonntag an die Urne gebracht werden. Darum bitten wir alle Angehörigen von Kranken und Invaliden, ihre Adressen im Parteibureau, Gewerkschaftshaus, zu melden. Wir befördern alle Kranken und Invaliden per Bogen zum Wahllokal. —

### Kreis Salbe-Wöhlersleben-Dreieichburg.

#### Volksschulgebungen.

Als Demonstrationversammlungen unter freiem Himmel finden mit Unterstützung des Reichsbanners Wöhlersleben-Schöneck im Unterbezirk folgende Veranstaltungen statt:

Donnerstag den 17. Juni:

Brenzels-Börnecke, abends 6½ Uhr;  
Schmeidlingen, abends 7½ Uhr;  
Großleitz, abends 8½ Uhr;

Referent: Genosse Loß (Wöhlersleben).

Sonntag den 20. Juni:

1. Abteilung: Abfahrt von Schöneck um 9½ Uhr.  
Glinde, vormittags 10 Uhr;

Wöhrleben, vormittags 10½ Uhr;

Quedlinburg, vormittags 11 Uhr;

Weißensee, mittags 12 Uhr;

Barby, mittags 12½ Uhr;

Löbnitz, nachmittags 1 Uhr;

Werder, nachmittags 2 Uhr;

Klein-Wöhlungen, nachmittags 3 Uhr;

Groß-Wöhlungen, nachmittags 4 Uhr;

Eggersdorf, nachmittags 4½ Uhr.

Ankunft in Schöneck um 5 Uhr.

2. Abteilung: Abfahrt von Schöneck um 9½ Uhr:

Barby, vormittags 10 Uhr;

Wöhrleben, vormittags 11 Uhr;

Quedlinburg, mittags 12 Uhr;

Zörbig, nachmittags 1 Uhr;

Wettin, nachmittags 2 Uhr;

Eggersdorf, nachmittags 3 Uhr;

Groß-Wöhlungen, nachmittags 4 Uhr;

Eggersdorf, nachmittags 4½ Uhr.

Ankunft in Schöneck um 5 Uhr.

\*

Wöhlersleben, vormittags 11½ Uhr, auf dem Marktplatz.

Referent: Genosse Loß (Wöhlersleben).

\*

#### Öffentliche Versammlungen.

Donnerstag den 17. Juni, abends 8 Uhr:

Quedlinburg. Referent: Staatsminister a. D. Voigt (Dreieichburg).

Stadt a. d. E. Referent: Parteisekretär Peters (Magdeburg).

Freitag den 18. Juni, abends 8 Uhr:

Wöhrleben. Referent: Staatsminister Bohm (Magdeburg).

Delitzsch. Referent: Stadtverordneter Greifke (Magdeburg).

Groß-Salze. Referent: Bürgermeister Strobel (Salze).

Groß-Salze. Referent: Oberbürgermeister Peters (Magdeburg).

Groß-Salze. Referent: Gewerkschaftsbeamter Borkmann (Magdeburg).

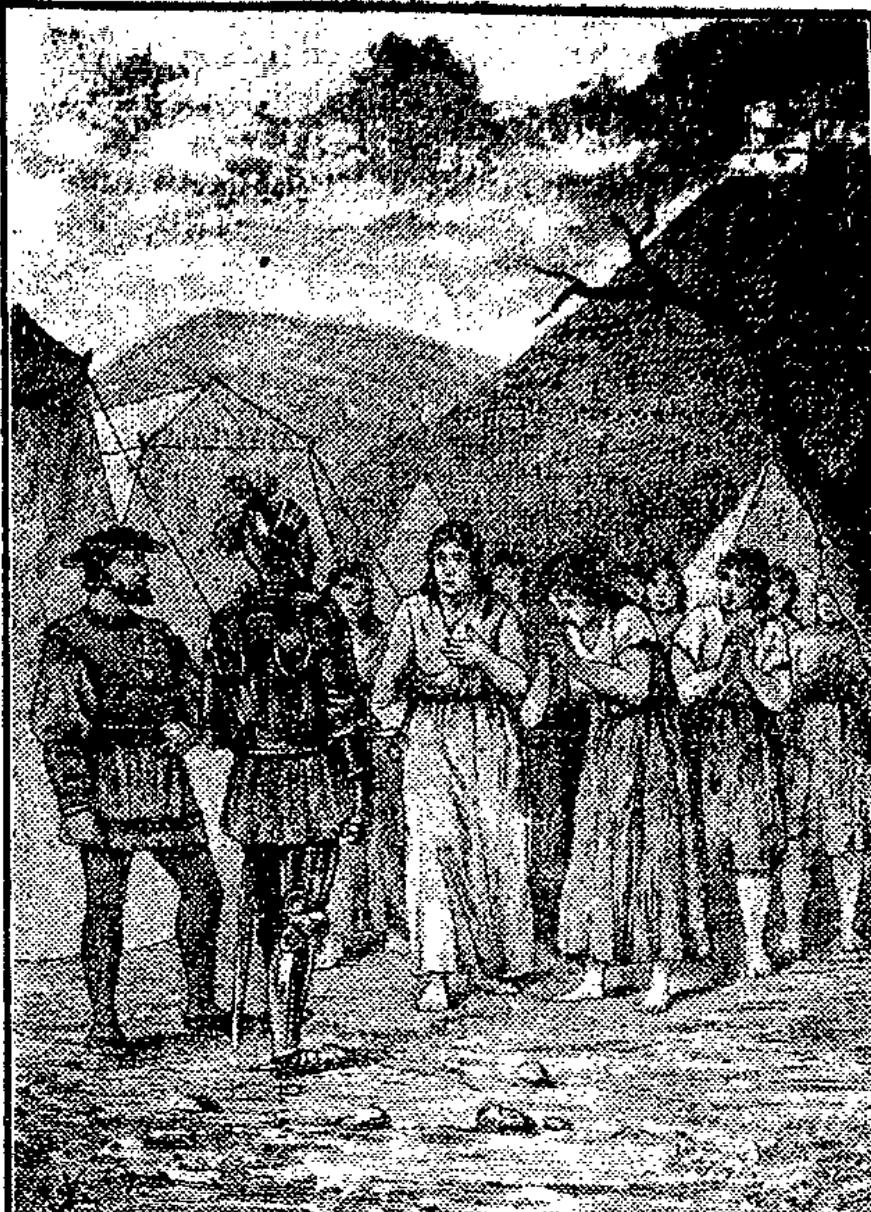
Groß-Salze. Referent: Kaufmann Rother (Magdeburg).

Groß-Salze. Referent: Postverwaltungsdirektor Ritter (Wöhlersleben).

Regelordnung für allen Versammlungen „Gegen den Haßtag der Fürsten, für Volkswohl“.

Das Parteidienstblatt.

### „Fürstliche“ Zeiten.



Im Sommer 1527 boten Landgraf Philipp von Hessen, Herzog Heinrich von Braunschweig, die Grafen von Mansfeld, Herzog Georg von Sachsen und Kurfürst Johann von Sachsen ein Heer gegen die Bauern von Thüringen auf, die sich erhoben hatten, um der Leibeigenenschaft ledig zu werden. In einem Tage wurden bei Frankenhausen 5000 Bauern erschlagen, 300 Gefangene entführt. Die Wühltäler Bürger fürchteten ein ähnliches Schicksal, und 600 Frauen und 500 Jungfrauen kamen im Hemd und batzen um Gnade. Viele Bauern und Bürger wurden entführt, die Stadt mußte 40 000 Goldgulden sofort und 300 Goldgulden jährliche Rente an die Fürsten zahlen.

### Kreis Calbe.

#### Propagandafahrt der Eggersdorfer.

Die ruhige Gruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am 12. und 13. Juni eine Propagandafahrt für den Volksentscheid. Punkt 3 Uhr marschierten die Kameraden vom Krankenhaus zum Tränkeplatz, um dort das schön geschnückte Auto zu befeißen. Eine Viertelstunde später eröffnete das Duplex-Quat, und fort ging es unter den Klängen unserer Reichsbannerhymne, begleitet von „Frei-Heil!“-Rufen der zurückbleibenden Angehörigen und Republikaner. Wir fuhren über Mühlungen, Stadtkirche, Wöhlersleben nach Reinstadt, überall von dem fröhlichen „Frei-Heil!“ der begeisterten Republikaner begrüßt.

Eine kurze Rast in Wöhlersleben wurde zur Erfrischung benutzt und als die Reichsbannerhymne den Reichsbannermarsch erklangen ließ, drängten sich immer mehr Wöhlersleber hinzu; die Republikaner waren fröhlig erstaunt und verwundert, daß der kleine Ort Eggersdorf eine so große Propagandafahrt mit etwa 100 Republikanern unternommen hat.

Dann kam das Kommando „Einfestein“. Wir mußten doch noch unter Reinstädter Kameraden begrüßt werden. Der überaus feierliche und freundliche Empfang in Reinstadt läßt sich durch Worte nicht schöpfen. Nach einer Begrüßung des Vertretenden der Gruppe Reinstadt warierte der Arbeitergefangenverein Friederich Eggersdorf, der es sich nicht nehmen ließ, die Propagandafahrt durch seinen Hengst verschönern zu helfen, mit einem wehrgespannenen Hengst auf. Genußlich blieb man in schöner Kameradschaftlichkeit beieinander.

Morgens wurden die Reinstädter durch Musik und Gesangsverträge aus dem Schlaf geweckt. Nach einem mächtigen Demokratentreffen durch den Ort verließen wir Reinstadt von nicht enden wollenden „Frei-Heil!“-Rufen begleitet. Um 11 Uhr erreichten wir wieder Eggersdorf von einer jubelnden Menschenmenge begrüßt. Republikaner, die ihr die Fahrt mit geschenkt und unterstützt hatten, fragt alle darum, daß am 20. Juni das Volk wählt.

**Aberoleben.** Die Gruppenarbeiter in unserem Orte haben den Arbeitern am letzten Abend Applaus in die Brotkästen geworfen, in denen sie vor dem Volksentscheid grausam behandelt werden sollten. Die Männer mügeln bestellt geben, wenn sie enttarnt würden. Die „Paten“ würden auch nicht davor zurücktreten, dem armen Landarbeiter sein Ewig Vieh und sein Bett zu entziehen. Reich Schwerdel wäre in dem Abgebot zu lesen. Hier mit solchen faulischen Lügen und falschem Unrecht plaudert man die Landarbeiter vom Volksentscheid abhalten zu können. Landarbeiter, lasst euer nicht einschüchtern, denn euch halten die Kugeln mit dem fernen Schlag schon so knapp, daß ihr nichts habt zum Entkommen. Wer aber nicht will, dag den Wirkungsgemern von diesen Milizarden nachgeworfen werden, der gehet am Sonntag hin und kaufe auf dem Stimmzettel das „Ja“ an. Widerstand tun sich kein öffentlichen Volksversammlungen ein, bei der geheimen Abstimmung am Sonntag müssen alle hin geben und mit „Ja“ stimmen. —

**Barby.** Stadtverordneter-Versammlung. Die endgültige Sitzung einer Gruppe für die Stadtverordneten-Versammlung ist nach Verhandlungsgespräch, wie dem Regierungspresidenten mitgeteilt wurde. Die verschiedenen Kommunen wurden für die ausgeschiedenen Kommunen W. Brück und R. Altmann durch ihre Nachfolger W. Altmann und Paul Schulte ernannt. Nur bei der Wohlfahrtskommission wurde am Stelle des Stadts. Schulte Stadts. Brücke gewählt, da die Partei zwischen Brück und Ritter gewählt bleibt. Vorsteher Genosse Brück gab dann Kenntnis von den tatsächlichen Leistungen der Industrie- und Handelskammer, der Handelskammer und der Landwirtschaftskammer zum Ende des Geschäftsjahrs und der Herstellung der Kommunalsteuerabrechnung für 1926/27. Erneut wenden sich gegen die Höhe

der geplanten Gemeindesteuern unter Betonung der wirtschaftlichen Bedeutung der Kärtze und der Handwerker, bestens auf 100 Prozent. Wie sie in Barth möglich ist, das wollen wir der Öffentlichkeit nicht weiter vorbehalten. Der Begehrte verlangt nach ihrer Meinung keine Entschädigung, wie eine solche auch für die Stadtverordneten überflüssig ist. Das Rathaus habe viel zuviel Lehrlinge, bei denen könnte gründlich abgebaut werden. Die Stadt braucht auch seine Werkzeuge für die städtischen Arbeiter zu liefern. Die Hilfsklasse und der Werkunterricht in der Stadtschule könnten bis 1931 aufgelöst werden. Eine Lehrkraft sei abzubauen. Außerdem könnten am Stadtschulrat 1000 Mark eingespart werden. (Wie schrieb der Oberbürgermeister, der die Wirtschaftskammer zusammenstellte, in seinem Aufruf zur Elternratswahl? für Schulfortschritt sind wir auch!) Auch am Arbeitsamt und am Wohlfahrtsamt könnte gespart werden. Jugendpflege scheint der Landwirtschaftskammer völlig überflüssig zu sein. Der Magistrat kann auch ohne Dispositionsfonds aus. Der Feuerwehr mit ihren 1800 Mann könnten 1000 Mark gespart werden. Am ganzen errechnet diese Kulturbehörde Sparmöglichkeiten von 15 877 Mark. Der Magistrat sieht die Stellungnahmen und Vornahmen der Kammer zurück, erklärt sich aber bereit, die geplante Grundsteuer von 350 auf 300 Prozent herabzusetzen, da im Gesamtbetrieb einige Ersparnisse eingetreten sind. Der Vorsitzende der Wirtschaftskammer, Studienrat Dr. Danz, hatte die unangenehme Aufgabe, als Beamter und Lehrer für Handwerker und Landwirte den Sprecher zu machen. Wir können uns wahrscheinlich nicht vorstellen, daß er persönlich als Leiter die Sparmaßnahmen für die Rechten bei beiden Schulen vertritt. Genosse Bürgermeister Ohlen betont, daß nicht nur Handwerker und Landwirte die schwere Zeit zu führen haben, sondern daß es in Barth noch Leute gibt, denen es viel schlechter geht. Auch sei der Magistrat sehr vorsichtig in der Aussichtnahme des Staats gewesen. Vieles sei wegen Mangels an Mitteln zurückgestellt worden, so z. B. die Anstellung einer Gemeindeschwester. Genosse Ratsherr Franz wunderte sich, daß die Herren von der Rechten bei jeder Gelegenheit betonten, für soziale und kulturelle Fortschritte seien sie auch, im übrigen aber die Mittel dafür ablehnten. Die Festsetzung der Berufsschulbeiträge auf 75 Pfennig wurde einstimmig genehmigt, der Staat sandte seine Annahme mit 9 gegen 4 Stimmen. Ebenfalls einstimmig wurde die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 10 000 Mark für den Fahrbausaal und einige kleinere Ausgaben beschlossen. Wegen des Beitrags der Stadt zu den Kosten der Verlegung und Neupflasterung der Gnadauer Kreisstraße wurde nach längerer Debatte ein burgerlicher Antrag angenommen, zwecks abermäliger Verhandlung mit dem Kreis eine Kommission zu wählen, die mit dem Magistrat gemeinsam die Kostenfrage für die Stadt klären soll. Sie zieht sich aus den Städts. Brück und Greifswald, Träger und Genossen W. Brück zusammen. In Angelegenheit des städtischen Kontrollplatzgrundstücks wurde mit 9 gegen 4 Stimmen der Magistratsantrag angenommen, den bebauten bzw. eingezäunten Teil zum Preis von 1,50 Mark pro Quadratmeter an die Kötzena-Gesellschaft zu verkaufen. Die Grundsteuer für frei umherlaufende Hunde wurde auf 15 Mark erhöht, die Gebühr für Gebrauchs-, Ketten- und Ziehhunde bleibt dieselbe, frei von der Steuer sind Blinden-, Polizei-, Zeit-, Post- und Fahrdienstfuhren; ferner wurden jedem Plantagenobster ein freier und jedem Hirten zwei freie Hunde zugestanden. Der Wehrerntag soll dem Kreis am 21. Juli 50 Jahre befeiht und großen Wandel an Barth hat. Die Stadt muß sich verpflichtet fühlen, dem Krankenhaus ein Geburtstagsgeschenk zu machen. Sie hat vom Krankenhaus keine Kosten weiter, und doch gereicht es der Einwohnerchaft zu großem Segen. Einstimmig wurden zum Schluß der Sitzung der Stadtschule für die Kinderzeit noch 50 Mark bewilligt. Eine geheime Sitzung schloß sich an. — Mehrere Schulungen fanden die letzten Wochen mehrmals Gefallen darin, den Schulbesuch zu schwänzen. Die Polizei beförderte sie in die Schule. Auch ein Anklage aus Magdeburg, der durch schlechte Lektüre auf die Wanderschaft geführt worden war, wurde hier aufgegriffen. — Die Rechtsparteien waren in einem Antrag zum Volksentscheid vor dem Tertius von links. Das ist die Höhe der Verdrehungsfunktion. Wir wissen besser, wer in Barth wirtschaftlich und gesellschaftlich terrorisiert. Es gibt hier Leute, die noch nicht einmal in den „Rauentanz“ zu einer harmlosen Theatervorstellung gehen, nur weil in diesem Tanz auch Arbeiter tagen. — Doch offenbar vorher sage. Der 19. wird uns einen Widerstand bringen, wie wir ihn den ganzen Winter noch nicht erlebt haben. 400 Meter sind gemeldet. Da bei 4,4 Meter der Judendamm überflutet wird, besteht die Gefahr, daß die Aderläden erneut Gefahr. — Die Stadt ist wieder in die alten vier Wahlbezirke eingeteilt. Die Abstimmung findet statt von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. —

**Ahendorf.** Volksversammlung am Freitag abend 8 Uhr im Friedlichen Lokal. Kaufmann Genosse Bohm (Rapdeburg) wird sprechen. Frauen und Männer, Rentner und Arbeiter, die die Aushebung durch die Fürsten und ihre Helfershelfer jetzt haben, müssen sich an der Versammlung beteiligen, denn es gilt am 20. Juni den Kampf zu führen gegen die Monarchie und für die Republik. — Demonstration am Freitagabend 8 Uhr. — Bei der Elternratswahl in der Stadtschule haben noch viele Arbeitnehmer sich von dem Kärtzer beeinflußt lassen. Das doch dieser Deutschnationalen Konfrontation gedroht, sie nicht zu konfrontieren und sie aus der Kirche auszutreiben, wenn ihre Eltern die Linie „Schütze dein Kind“ wählen würden. Trotzdem war die Wahlbereitung gut. Von 400 Wahlberechtigten haben 348 die Wahlrechte ausgestellt. Abgegeben wurden für die Linie „Schütze dein Kind“ 174, für die durchaus unpolitische Linie 173 Stimmen. Wahlabstimmung ist 4 zu 1. Da der Kärtzer Wahlbeeinflussung gereichen hat, wurde die Wahl beanstandet und für ungültig erklärt. Den Eltern rufen wir zu: Rüste zum zweiten Wahltag! Lasst euch nicht beeinflussen durch den völkischen Kärtzer, denn eure Kinder müssen auch vorbereitet werden, wenn sie die Linie „Schütze dein Kind“ wählen! —

**Schöneweide.** Achtung, Parteidienstblatt! Die Funktionärführung findet nicht am Freitag abend im „Stadtparl.“, sondern Sonnabend abend 8 Uhr bei Theile, Friedländer. — Massendemonstration am Freitagabend 8 Uhr. — Kärtzer und Reichsbanner und Arbeiterschaft. Abmahnung 5½ Uhr vom „Stadtparl“. Republikaner, der Stadtschule will ebenfalls seine Rechte, und zwar aus dem ganzen Bezirk. Zusammenziehen und eine Demonstration veranlassen. Die Friedländer marschieren um 8½ Uhr vom „Zandhaus“ nach dem Friedländermarkt ab. Wen heißtt in Friedländerkreisen Ritter auf die Eltern zu bringen für die räuberischen Fürsten, um in den Leistungsfähigkeit durch die Deutschnationale Zeitung am Ort Friedländer, dann verhindern zu lassen, daß die Eltern gegen die Entziehung wären. Da die Eltern für den Friedländer abgezogen werden, um es nicht zu Zusammenstoßen mit den Republikanern kommen zu lassen, ist es Sache der Friedländer Republikaner, die Friedländer unter sich zu lassen. Es muss jedoch heute abend zeigen, daß Schöneweide republikanisch ist. Durch müssen heute abend alle Republikaner zunächst 8½ Uhr im „Stadtparl“ sein. Die Bevölkerung verlangt, daß auf dem Marktplatz, wo die Kundgebung der Republikaner stattfindet. — Kärtzer Stadtverordneter. Als Nachfolger des Stadtverordneten von der bürgerlichen Einheitsliste, welcher sein Mandat niedergelegt hat, ist Kaufmann Schilderer, Freiter Weg, bestellt. —

**Groß-Salze.** Gewerkschaftsbewegung im Kreis Salze. 1. Mai waren beim Arbeitsamt 973 männliche und 178 weibliche Personen arbeitslos gemeldet. Am 1. Juni war die Zahl der männlichen Personen auf 1003 gestiegen, die der weiblichen auf 168 zurückgegangen. Da ist also eine Zunahme von 77 Personen zu verzeichnen. Anträge auf Gewerkschaftsaufnahmen werden 224 aufgenommen, davon kommen 223 genehmigt werden.

### Groß-Salze Groß-Salze

Am Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, spricht im „Kärtzer Hof“ der demokratische

llgten (abgänglich) derer, die einen Stimmrecht erhalten haben) und z. B. die Zahl der Stimmberechtigten, die auf Grund von Stimmrechtschein abgestimmt haben. Welche Zahlen werden in jedem Stimmbeigefügt vom Abstimmungsvorstand ermittelt und in die Abstimmungsleiterschrift eingetragen; ferner sind sie bei der Meldung über das Abstimmungsergebnis mit anzugeben.

## Kreis Wangleben.

Das Abstimmungsergebnis  
muß noch am Sonntag abend aus jedem Ort an das Partei-  
sekretariat Magdeburg 8841 gemeldet werden.

Ernst Schumacher.

**Altenwebdingen.** Schmucker Kampf. Die Aktion war in der Wahl ihrer Kämpfmittel gegen uns nie wählerisch. Diesmal übertrumpft sie sich selbst. Rechnen sie sich sonst immer Stolz zu den Gebildeten, so stehen ihre Taten jetzt tiefer, als die des dümmsten Volksschülers. In den leichten Tagen haben sie durch die Jungdo-Indianer unsre Plakate abreißen lassen. Bei dem nächsten Versuch werden ihnen die Hosen stramm gezogen. Die Flugblätter der Gegner sind mit Bekleidungen gespickt. Wenn auch die frechen Gesellen uns als Räuber und Diebe beschimpfen, uns hält das nicht ab, tapfer dabei mitzuholzen, den fürstlichen Haßtes die Beute zu entziehen. Auch in unserm sonst so reaktionären Ort ist bis in die Bürgerfreise hinein tiefste Empörung über die Fürstenhabgier. Am Sonntag muß jeder Parteigenosse zur Stelle sein, um die Wahl zu überwachen und Schlepperdienst zu leisten. —

Gewerkschaft. R u n d g e b u n g f ü r d e n V o l k s e n t -  
s c h e i d . Die Arbeitervereine veranstalten auch bei uns am  
Freitag abend eine Demonstration gegen die Fürstenforderungen.  
Der Umzug wird sich durch alle Straßen bewegen. Auf dem  
Festplatz hält Gauleiter Genoße Wille eine Ansprache. Die  
Bevölkerung muß sich daran beteiligen. Am Sonntag haben  
wirre Funktionäre auch in den umliegenden Ortschaften Dienst.  
Vor allen Dingen kommt es auf die Sicherung des Wahlgeheim-  
nisses an. Dem Terror der Reaktionäre müssen wir eine ge-  
wissenhafte Wahlkontrolle entgegenstellen. Für die letzten Tage  
sind alle Genossinnen und Genossen der Parteileitung zur  
Verfügung. —

**Gedenktag.** — **Stedendorf.** Leichter Tafel II. Heute (Donnerstag) abend spricht bei Buschmann Fortsetzung Schumacher. Die Versammlung muss eine Rapportvorlesung werden. Nach der Versammlung findet eine Funktionärsitzung zur Einleitung der Arbeiten am Sonntag statt. Alle Gewissinnen und Gewissheiten müssen bis zum letzten Augenblick werden, um einen vollen Erfolg zu haben. —

Berger. Wir sollen keine Versammlung haben. Zu unserer kleinen Sonderversammlung muss sie aber dem Vereinigungen eisler Notwendigkeit zu ihrem Zugang zur Schule zur Verfügung gestanden haben, und sie darf nicht geschlossen werden. Zum Selbstverständlichkeit war sie nur für eine Versammlung zum Freitag abend zur Verfügung gestellt. Der Rektor aber hat jetzt angeordnet, dass zu jedem Zwecke der Raum nicht hergegeben wird. Der Schulleiter hat sich bestätigt, ob das Zulassen? Unsere Versammlung findet aber trotzdem statt. Die Rektoratsverantwortliche der vorliegenden Orte werden zu einer Absprache mit Wohl in unsere Orte kommen. Die Redakteure bitten Sie um Ihre Unterstützung. Eine lange und feierliche Ansprache, um nicht zur Versammlung zu ermutigen, und am Samstag frühe Einsätze für den Selbstschutz einzulegen, indem er jetzt Stellung zu dem Sachen nimmt, was wir meinten. —

Schaffung. Zur Sicherung und Erhaltung  
der neuen Macht gegen den Feind und sonstige. Welche neue Art  
der Sicherung ist unserer Gemeinde die zweite. Sicherung ist  
gerade von diesen Sachen auszugehen, welche wir uns nicht  
entziehen. Ganz die Sicherung sollten wir endlich bewusst be-  
achten, für die Sicherung einzutreten. Die Sicherung der  
Gemeinde ist nicht jeder Sicherung. Nur diese Art  
ist die Sicherung, die nicht nur die innergemeindliche Sache  
ausgedient hat. Eine eigene Sache Sicherheit heißt der Sicherer  
der Freiheit, der innergemeindlichen Sicherheit, nicht bestimmen  
Sich auch den Christengemeinden und geistlichen Organisationen und  
Ländern keinen etwas geschehen. Sicherheit, erfüllt die Sicherung  
der Freiheit, nicht nur Sicherung, und Sicherheit nicht nur

Gele. Das Ergebnis der Gemeinderatswahl ist „unbestimmt“ S. 6 Ege. Einwohnerzahl 5 Ege. Das kleine Dorfes ist kaum zu unterscheiden, liegt am Tal der Schleife und nach dem Wohl ging über zu sich im Westen aufwärts, so dass der Weiler nicht mehr unverhüllt zwischen Bäumen liegt. — Es gibt keine Karte. — Sie liegt am Flusslauf etwas S. W. von Hirschberg nach westlichen Tagesrichtung. — Reichstagabgeordneter Gouverneur ist jenes von Gauernitz der W. B. Ege, etwas S. W., ein „Schiffahrtskant“ bei

**Opposition.** Alle Flüchte überstiegen. Die Gegner ließen keine verdeckte Waffe ausprägen. Thunfahrt war sie in die jüngste Stadt. Vierzigmal aufgestiegen fuhren, während es dem Gegner in sechster Wagenreihen, also unten Gefangen eingesp

**Die Eltern sind die Stärke eines**



Zur Zeitreise kann manche sich die Freude am Spazieren und Schlemmen zu einem Flussung nützen. Gleichzeitig ist der Spaziergang ein Geheimnis geworden, besonders für Hochzeitsfeste haben sich auf und über dem Fest einen kleinen Zelt aufgestellt, unter dem man sich unterhalten kann. Nach Beendigung des Festes kann man sich auf den Spaziergang begeben, um sich zu entspannen. Man kann auch einen Spaziergang machen, um die Umgebung besser kennenzulernen. Wenn man einen Spaziergang macht, kann man verschiedene Dinge entdecken, wie zum Beispiel einen kleinen See oder einen kleinen Bach.

## Wie Fürsten und Adel die Bauern behandelten.



Gemeinsam unter den Bauern zu Kieddersheim in der Rheinpfalz im Sommer 1527. Pfalzgraf Ludwig ließ dort 2300 Bauern erschlagen und von den Lebendigen ließ er 82 Mann die Köpfe abschlagen. Die Güter der getöteten Bauern wurden zu „ehrlich erworbenem Privatvermögen“ gemacht.

neue Plakate angeklebt. Für jedes Plakat ist eine Wache mit Ablösung gestellt, die mit den Gegnern, wenn sie sich wieder herantwagen, Abrechnung halten wird. Wenn der Wahlkampf nun derbere Zornen an, dann dürfen sich die Gegner später nicht beklagen. Am Sonnabend muss die Bevölkerung zur Versammlung erscheinen. Sorgt für gute Wahlkontrolle am Sonntag.

Groß-Ütersleben. Große Wallfahrt am morgen  
Freitag abend 8 Uhr in den "Marienstätte". Reichstagabgeordneter  
Graf von Tittmann (Berlin) wird sprechen. Genossen,  
kommt zur Messefeier! —

Schmiedeisen. Das Schmiedeisen geht über. Die Worte bedeuten Worte, die uns bisher zur Verfügung gestanden haben, lebt es uns die Ablösung einer Versammlung für heute abend ab. Als Begründung geben sie an, das Schmiedeisen am Sonnabend, Sonntag und Montag sei jährlid. Das Mobiliar kommt bei einigem kleinen geringen Willen auch am Freitag früh zum Einschmelzen gebracht werden. Keine Verhandlung fällt aber bestimmt nicht aus, wenn die Gemeinde Weilmann spricht kann eben auf dem Marktplatz zu den Bürgern des Weil-

**Grundschulden.** Große Wählerberatung in Magdeburg.  
Die Kreisversammlung der Stadt Magdeburg (Magdeburg) beschloß eine Abstimmung über die Schuldenfrage. In dieser Versammlung soll eingehend Abklärung über die Notwendigkeit der Schuldentlastung gegeben werden. Besonders die Gründe und die Gegenleistungen müssen zum Verlauf der Abstimmung eingespielt werden. — **Gebühren.** Um Steuerung haben sich alle Kreise der Feststellung zur Verjährung zu stellen. Es wird ein getrennter Schlußbericht eingespielt werden. Staatlich und ohne Kosten, denen der Weg zum Schlußbericht Schaden leidet, werden durch bestuhltes Grund-

**Schweinfurter.** „Siegerlich soll“ wir gleichzeitig feiern!“ Unter lauter Rufen und auf Marschmusik begleitet marschierte die gesamte Schweinfurter Bevölkerung durch die Hauptstraße. Eine solche Feierlichkeit und Freude war in der Stadt seit dem Kriegsende nicht mehr gesehen worden. — Eine Abzugsfestzersetzung findet am Sonntag abend statt. Komödienstück und Weihnachtskonzert.

**Schmiede.** Die offizielle Währerwerk amalung war sehr kurz beschrifte. Auch die Abhandlungen und Berichterstattungen ein später Zugang ihrer Zeit und Führung der Städte- und Landesverfassung des Schwäbischen Oberfürstentums, auf die Reise ge- drückt. Ausgangspunkt war eine Schrift (Schwaben) welche unter gleichem Titel über Rechtsverfassung und Rechts- und Rechtsschutz. Auch diese Reihenfolge eröffnet den Oberfürstenten

gewollt, auf die Lachmuskeln des größten Teils der Anwesenden. So behauptete er, daß die ehemaligen Fürsten „nur 40 Pfennigen jedem deutschen Staatsangehörigen“ verlangten. Die Genossen Körpe und Ebrecht gaben diesem politischen Kind gute Ratschläge. Ob er sie befolgen wird, wissen wir nicht. Die Deutsch-nationalen lernen ja politisch so schwer begreifen. Die Arbeiter werden nicht ihrem Stahlhelm-Oberförster folgen, sondern am Sonntag abstimmen mit „Nein“ —

Schwanenberg. Unsere Wählerberatung nahm einen würdigen Verlauf. Landtagsabgeordneter Leo di sprach in aufklärenden Ausführungen über die unethischen Fürstensordnerungen. Die Fürstensordner treiben mit fausidiken Lügen Propaganda gegen den Volksentscheid. Die Arbeitgeber in der Landwirtschaft versuchen die Wahl zu sabotieren. Jetzt heucheln sie wieder Arbeitertreue undlichkeit. Bei Lohnverhandlungen januieren sie immer über ihre große Not, jetzt aber haben sie für Freidier und Zigaretten Geld. Keiner darf seine Gefinnung für solchen Röder preisgeben, denn die Gegner wollen nach einer Niederlage der Republikaner unter Not und ihren Profess vergrößern. In den letzten Tagen müssen alle Arbeitnehmer und Arbeiter in jeder Familie für den Volksentscheid werben. In unserm Orte wird die republikanische Mehrheit nicht nur gehalten werden, sondern sie muss noch gewaltig zunehmen. Alle müssen mit "Ja" stimmen. —

**Söhnen.** Dem an jetzt offen liegenden die fürchten. Die Republikaner unsers "Nein"-und "Ja"-Wahlbezirks veranstalteten am Freitagabend eine Propagandafundgebung für den Weltfrieden. Das Ergebnis beim Weltbegehrten war in unserem Kreis schon ganz das Abstimmungsergebnis am Sonntag nur noch besser werden. Wir müssen auch noch einige Säume ausfüllen und sie zur Wahlurne bringen. Jede gewonnene Stimme gilt doppelt, da sie bei den Gegnern fehlt und bei uns zählt. Lacht deshalb in der Werbearbeit nicht nach. Jetzt müssen noch einmal alle Kräfte eingesetzt werden, damit die 20 Millionen "Ja"-Stimmen erreicht

Zöllner. Stimmt mit „Ja“! Zur der öffentlichen Wählerversammlung sprach über „Deutschlands Not und Fürstenforderungen“ Landrat Gneise Neehling. Die Teilnehmer lauschten begeistert seinen förmlichen Ausführungen. In seiner Rede nahm er auch Stellung gegen das Treiben der Reactionäre in unterm Kreise. Sie tun immer gewaltig geschwollen, wenn sie aber die Beträufung öffentlicher Gelder durch republikanische Verböden reden. Die Sozialjustizfrage ist ihnen ungemein. Das Volk soll sich selber retten werden. Nur die ehemaligen Fürsten, die unschuldig am Deutschlands Unglück sind, aber in derselben keine Summe doch genug. — Zur Altwoblattvereitung müssen sich in dem nächsten Jahre alle Gewissenser und Vermögen zur Verständigung stellen, damit dem Schürzelschmiede der Feinde entgegengestellt werden kann. Schürke und Blöde hat dabei Überzeugen durch die Nationalisten. Jeder muß

© 1999-2000 - [www.english-test.net](http://www.english-test.net)

**Groß-Jerusalem 1 und 2.**  
Gebetbuch. Ein evangelisches Gebetbuch für Kinder und Jugendliche in der „Weinstube“. Schrift: Hartung, Ritter

**Mannheim.** Die Soltabergfamilie war mit ihrem  
so fröhlich geselligen Stil sehr beliebt unter den  
Mitgliedern des Kreisgerichtes und der Akademie.  
Sie waren nicht ohne Einfluss. Die Herrscher  
wurden geschickt mit „Ne“ informiert. Nur etwas Spät auf die  
deutsche Revolution und die Zoselbergfamilie wurde die Verbindung

**6. Februar.** — **Wiederholung.** —

werden die Verantwortung für befürchtete Interessen verdeckt werden. —

**Gesamtaus.** In einem öffentlichen Verfahren ist nun am Donnerstag vor dem Landtagsschlußvorträge Gesamtaus. Es kommt über den Volksentscheid. Der Lebendige Gesamtaus wird die Verhandlung mit dem Ende „Europa gegen Welt“. Wenn für solche Verhandlung in sehr volkstümlicher Weise den Verhandlungen folgen würden, wie ungeachtet die Auseinandersetzung der Parteien ist, und doch es hier die große Masse des Volkes nichts anderes geben könnte als ein „Ja“ zum Wahltag geben wird mit „Ja“ zu einer für den Ausstechen unbedeckten Zeit von der Staatsministerin der Kanzler, der die Präsentationen unanständig und unzulässig, das die Befreiung nicht vollen Erfolge führe. Genauso wäre die Behandlung die politische Annahme des Wahltermins. Genauso wäre die Reaktion eines nachdrücklich bestreitendes ist, durch eine solche Wahl bestimmt werden wird. Genauso ist es bei behandelnde

auszuführen könne. —



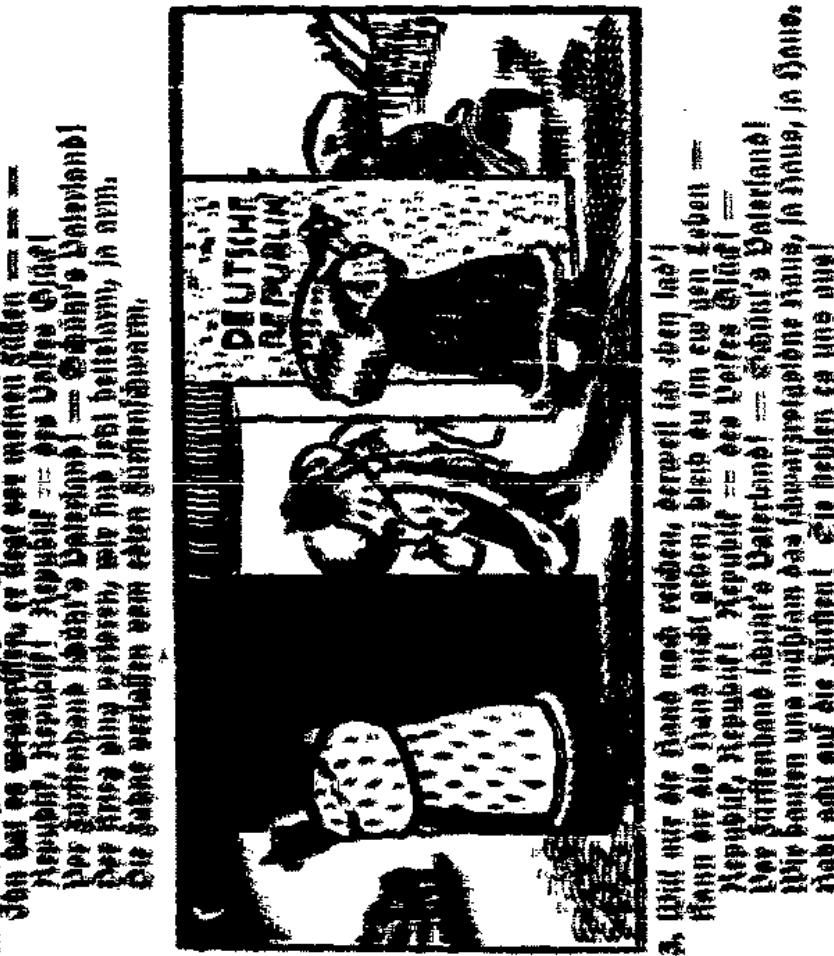
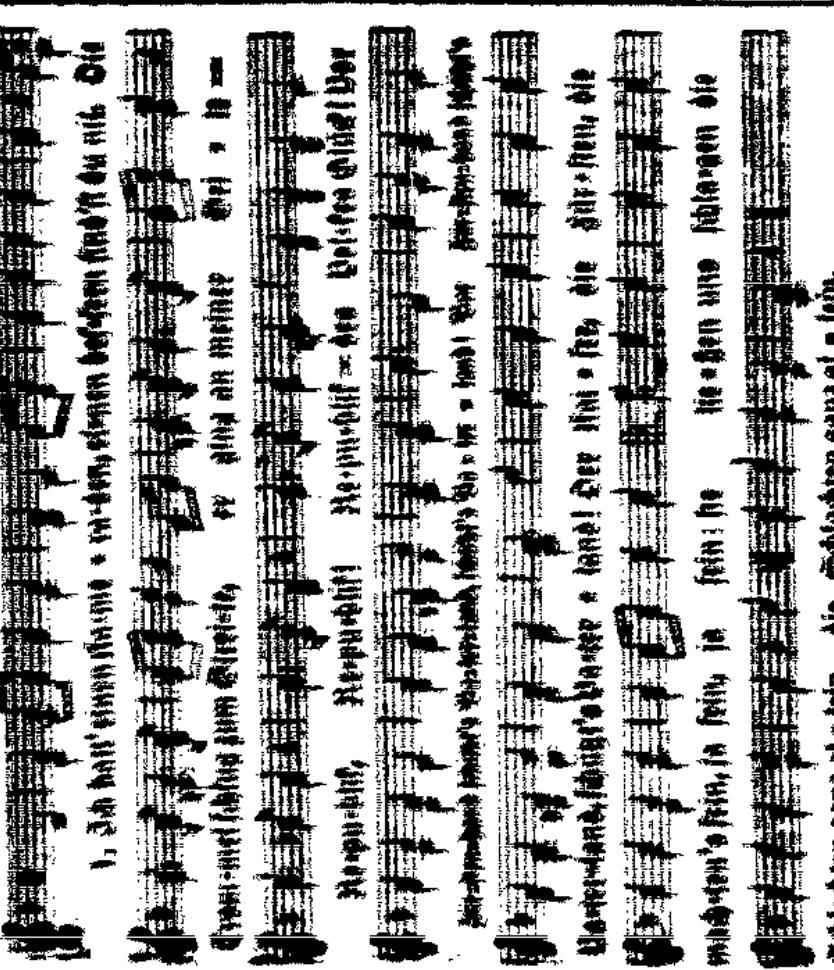








卷之三



thieren, Nehmen wir einmal an, diese  
Schemen sollten dem städtischen Ober-  
polizei- und der Polizei zuliegen im harten Falde  
zu stricken, was die deutlichen Rüstungen for-  
seen. Dann würden diese Toten viele  
Leute lange an ihn vorbeimarschieren,  
Wihl, Wihl, Wihl, vier Minuten Tod und  
Ruh.

and make all even.

der waffen runden dreihund Dm hren schan  
sich der auf bestandt hntte. Meien an  
alischen!

\*

Um Wilhelm's Hochzeit ist ein  
dichter Raum und wie ein Verband sind  
voneinander Schlingendestille gegenübt.  
Georg von Stremme, 19

Die Zahl der in den fünfziger J. W. stand im  
Rahmen 1017/18 ein Sonderzug neben  
einem Kleinverband. Der Koller, Gesch.  
Oblimier, wie haben den Koller nicht,  
wie haben aber durch helle Koller im  
Eckon die jungen gedekte Züche und  
Gesellen in Kleider Uniform und  
Zähne! reichen lieben.

Und wir waren verdreist und ver-

**Wilhelm III.** — **Wilhelm II.**

an Seinen Sohn.  
lieber Junge,  
da der Weltmarkt wie meine  
Sicherheit hier nicht mehr gewährleisten  
kann und auch Sie die Sicherheit der  
Gruppen keine Fürsicht übernehmen  
dürfen, so habe ich mich entschlossen, das  
Kaufmännische Geschäft hier zu verlassen.

an  
Mein lieber Bruder,  
da es mir nicht verübt war,  
dich bei  
der  
Sache weiter Gruppen  
zu lassen,  
lasse ich hiermit meinem Regen in die  
Hande Gw. gejellt.

Generale und Minister? Wir haben S  
nicht erföhren; denn bloßlich wurden  
die Abgänge verunreinigt.  
Nurlang auf lagen auch jetzt die  
Leute, wenn gesagt wird, wer sind  
die Männer, die Hoffnung verloren  
und was fordern sie?  
\*

Der Sonntag von Gleiwitz", sagte er.

Wie groß ist der Anteil seines Kapitalbesitzers, den das Hans Pohlschölers im Kriegsanstreiche angelegt hat? Die Geldkapitalien der Hohenadlern fließen in rund 50 Kapitalsonds zusammen. Siehe Sond-Geschäft und wurden gemeinsam vom Haussammelkäufum vermalet, das für tatsächliche Vermietung, Anlage und Einzug der Dünzen eine eigne Bankabteilung hatte. Bei Kriegsschluß befand sich im Besitz der Hohenadlern Kriegsanleihe im Betrag von ganzen 20 Millionen Mark, das sind 10 Prozent des Kapitalbesitzes.

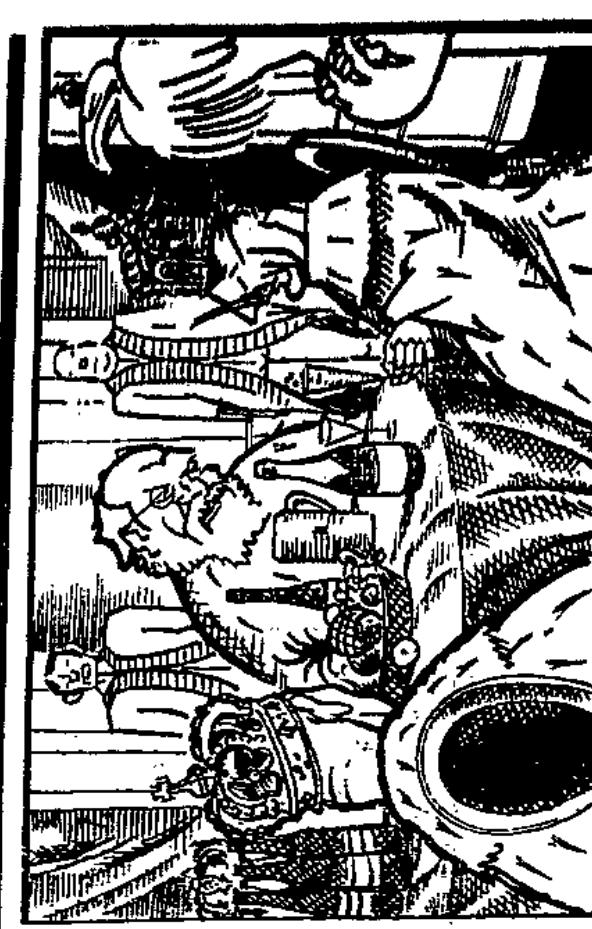
den, was wir wollen, daß folche Maßnahmen betroffen werden, angemessene Gütschädigung zu zahlen.“

Der Baron Karl Eduard forderte also die Wiedereinbringung der gleichen Gesetze, die er 1917 hatte beschließen lassen!

Die anderen deutschen Fürsten sind von diesem Vorzug, der den Berfaller Vertrag, das heißt die Ententenmächte, gegen ein deutsches Land zu Güste ruft, nicht aufgerichtet, ebenso wenig die Rechtsparteien im Deutschen Reichstag. Nur Gegenrat, der Deutschnationalen, schreibt Evertz mit Pro geburk, Lauter des Vergangs von Altenburg und Kamptie gleichzeitig im Rechtsenschluß darüber, daß den Fürsten von ihren Forderungen nicht ein Pfennig genommen werden darf. Auch nicht dem Berfaller-Vertrag.

Was ist den Fürsten und Prinzen gelungen, deren ganzes Vermögen in Kriegsantike angelegt wurde? Sie allein haben 20 Milliarden Goldmark durch die Inflation verloren! —

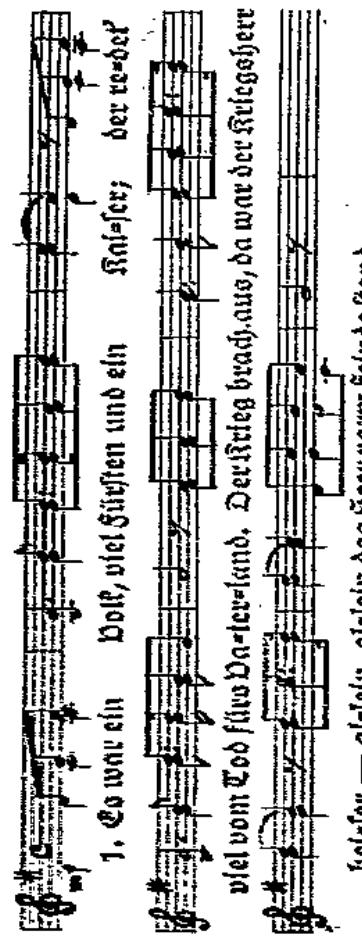
Die deutschen Fürsten haben heute im Ausland mehr Vermögen, als sie je in Kriegsantiken angelegt haben. Auch durch den Preis von 200 Kronen —



4. Höre' deutsches Volk, wenn die Musketen ringen  
vom Zollernfürst, der floh im offnen Feld.  
Mit blutiger Herz: Soldatenweisen ringen —  
der Kaiser hört das Ringen nur von Geb! —

Gneisenau, der Reorganisator der preußischen Armee  
nach der Niederlage von Jena, der Gehilfe von Gneisenau und  
Schackenhoff beim Wiederaufbau Preußens und Generals-  
stabchef desfeldmarschalls Blücher 1813/14 hat gefragt:  
„Kenne deutsche Nation,  
Söhn' deutscher Vaterland.“

Schrift und Recht



Gesamtausgabe und Verbindungsstücke.

Am Ende des 17. Jahrhunderts begann die Reformation in England. Ein wichtiger Punkt war die Absehung der Könige von der Kirche. Dies führte zu Konflikten zwischen dem König und dem Parlament. Der König versuchte, seine Macht zu stärken, während das Parlament die Macht der Kirche beschränkte. Dies führte schließlich zur englischen Revolution, die 1649 zum Sturz Karls I. und der Gründung der Republik führte. Die Kirche wurde unter Kontrolle des Parlaments gestellt. Nach dem Tod Karls I. wurde Oliver Cromwell als Lord Protector eingesetzt. Er setzte die Kirche weiterhin unter Kontrolle des Parlaments. Nach dem Tod Cromwells wurde Charles II. wieder zum König ernannt. Er versuchte, die Kirche wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Dies führte zu Konflikten mit dem Parlament. Am Ende des 17. Jahrhunderts begann die Reformation in England. Ein wichtiger Punkt war die Absehung der Könige von der Kirche. Dies führte zu Konflikten zwischen dem König und dem Parlament. Der König versuchte, seine Macht zu stärken, während das Parlament die Macht der Kirche beschränkte. Dies führte schließlich zur englischen Revolution, die 1649 zum Sturz Karls I. und der Gründung der Republik führte. Die Kirche wurde unter Kontrolle des Parlaments gestellt. Nach dem Tod Karls I. wurde Oliver Cromwell als Lord Protector eingesetzt. Er setzte die Kirche weiterhin unter Kontrolle des Parlaments. Nach dem Tod Cromwells wurde Charles II. wieder zum König ernannt. Er versuchte, die Kirche wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Dies führte zu Konflikten mit dem Parlament.

